ZECK

das info aus der roten flora

Nr. 77 | März 1999

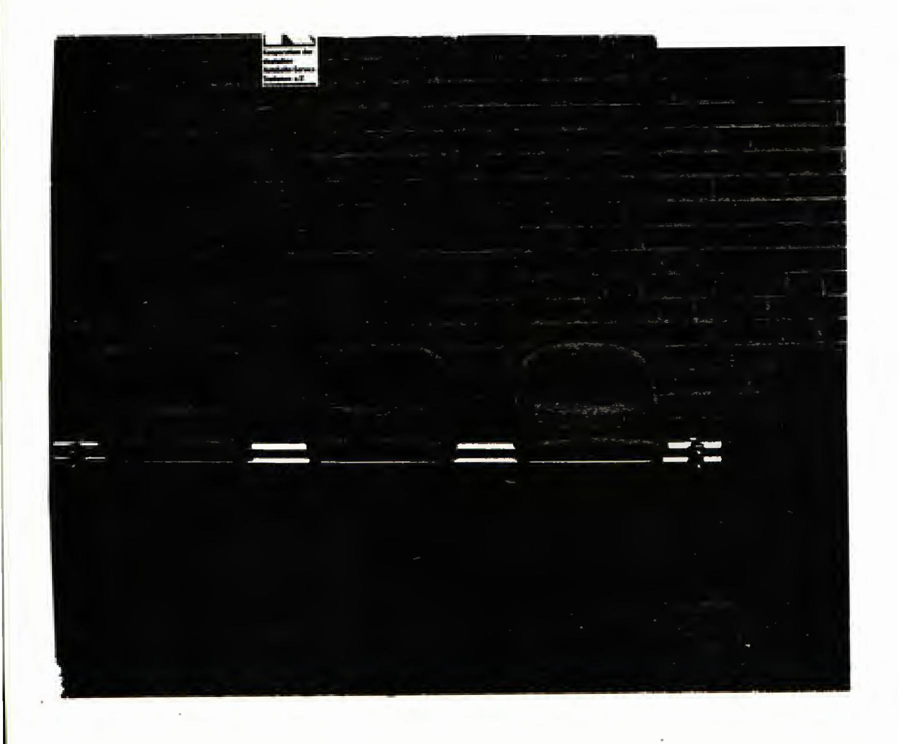


Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Deckungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Quickfinder





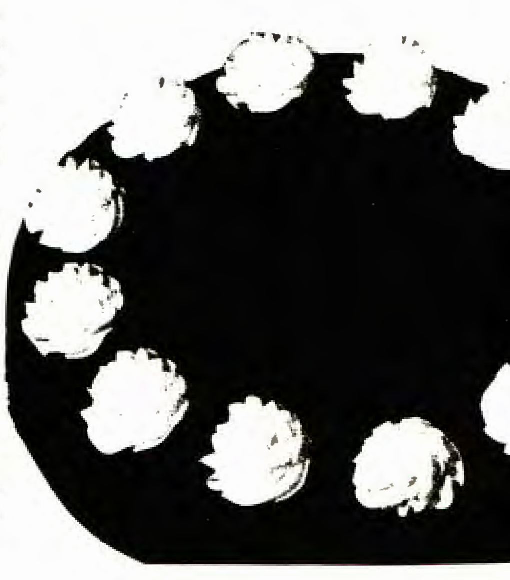
Worvort

Nach kurzem winterschlafähnlichem Intermezzo sind wir nun wieder vorfrühlingsfrisch wie immer jeden Monat für Euch da mit : *Fakten, Fakten, Fakten; Daten, Analysen und kurzweiligem Lay-Out.*
Kaum entscheiden wir uns jedoch mal für eine wohlverdiente kleine Pause, überstürzen sich die Ereignisse und mit dem Berichten kommen wir kaum noch hinterher. Wir mußten somit feststellen: die Welt dreht sich auch ohne das Erscheinen der ZECK tatsächlich weiter....
Neben dem liebevoll zusammengestellten Lokalcolorit-Teil, in dem ihr diesmal Meinungen zur Diskussion um Sinn und Unsinn, Hoffnung und Frust über unsere Traditionsorte Flora und Schwarzmarkt, sowie Ergebnisse autonomer Recherche (Enttarnung einer V-Frau) und feurigen Aktionismusses (Anschlag auf Wrocklages Auto) nachlesen könnt, widmen wir uns diesmal aich internationalistischen Bestrebungen zum EU-Gipfel und der immerwährenden sozialen Frage nach dem lieben Geld.
Dem Aktionstag gegen Ausgrenzung, Vertreibung und rassistischer Hetze im Schanzenviertel haben wir dieses Mal keinen Artikel gewidmet, da dieser vor dem Erscheinen dieser Ausgabe lag; leider jedoch nicht früh genug, als daß wir Euch mit einer Exclusiv-Reprtage darüber beglücken könnten.
Auch zum weltweit hochbeachteten Thema der Entführung und Verhaftung Abdullah Öcalans, sowie der Erschießung dreier Kurden und der Repressionswelle gegen hunderte KurdInnen im Zusammenhang mit Protestdemonstrationen, haben wir keinen Text für euch. Das liegt daran, daß wir mit der Aktualität der Tagespresse nicht mithalten können und uns auch noch kein Text vorliegt, der sich differenziert mit Hintergrund, Ablauf und politischer Einschätzung beschäftigt. Wir selber sehen uns nicht in der Lage einen ebensolchen zu verfassen. Verweisen können wir jedoch auf die Ausgabe der Jungle World vom 24.2.99, die sich ausführlich in verschiedenen Artikeln mit der Thematik auseinandersetzt.
Falls es unter euch, werthe LeserInnen, welche gibt, die uns mit einem Artikel zu diesem Komplex behilflich sein könnten, wäre das echt super!
Es gilt natürlich auch für alle anderen unserer und eurer Themen immer noch die Devise: denkt nach, verfaßt Texte und schickt sie uns zu!
In diesem Sinne sagen wir Tschüß, Servus, Ciao bis zum nächsten Mal
Eure ZECK-Red.
P.S.: Oh, fast vergessen: in unserem vom vielen Durchgelättere schon beinah auseinanderfallendem Ordner im Schwarzmarkt, könnt ihr diesmal die neuesten Neuigkeiten vom AIZ-Prozeß lesen (wen`s interessiert....?!?)

EU-Gipfel

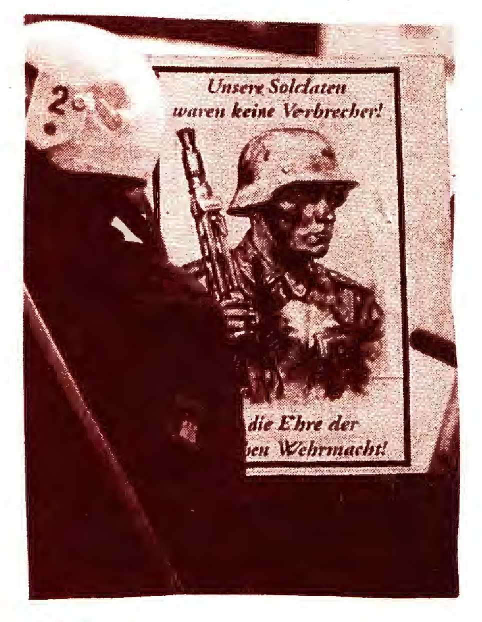
Auszüge aus dem Aufruf zum internationalen/europäischen Diskussions- und Widerstandskongreß zum Anlaß des EU-Gipfels am 3. Und 4.Juni in Köln

(...) Die ökonomische, politische und militärische Vereinheitlichung der Westeuropäischen Staaten als kapitalistisches und imperialistisches Projekt bedeutet die Aufrechterhaltung und Verschärfung der herrschenden Zustände; Hunger, Verelendung, Verfolgung, Folter, Krieg und blutige Unterdrückung in den Ländern des Trikont und Osteuropa. Und in Europa selbst: das Schüren des Rassismus und die Illegalisierung von zigtausenden von MigrantInnen, die verstärkte Ausbeutung der Frauen, die Verarmung, Obdachlosigkeit, Erwerbslosigkeit, die Ausbreitung ungeschützter und entgarantierter Arbeitsverhältnisse, Marginalisierung, und die verschärfte Ausbeutung in den Betrieben und Fabriken. (...)
Die Herausbildung des Herrschaftskomplexes EU geht einher mit der Verschärfung der repressiven Politik gegen Flüchtlinge und ImmigrantInnen , die ökonomisch und rassistisch legitimiert wird Militärische Abschottung an den Außengrenzen der EU, Abschiebungs- und Internierungslager, massenhafte Abschiebungen in Elends- und Kriegsregionen, Illegalisierung von in Europa lebenden ImmigrantInnen und die Verschärfung von kontrollen und Überwachung werden gemeinsam von westeuropäischen Staaten im Rahmen des Schengener Abkommens geplant und durchgeführt. (...)
Wir schlagen weder eine Reform der EU vor noch die Rückkehr zu einem Europa der Einzelstaaten, sondern die Zerschlagung der EU als imperialistisches Projekt, und die Schaffung einer solidarischen und klassenlosen Gesellschaft, frei von patriarchaler, rassistischer und kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung.
Die Idee eines europäischen und internationalistischen Gegenkongresses anläßlich des EU Gipfels im Juni 1999 in Köln ist mit der Vorstellung verbunden,eine Grundlage für die europaweite Organisierung von antifaschistischen, antirassistischen, linksradikalen, feministischen und autonomen Gruppen und Bewegungen zu schaffen, die sich in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen der kommenden Jahre als handlungsfähige Bezugsstruktur etablieren soll. (...)
Der Kongreß soll Raum bieten, eine internationale Diskussion über das imperialistische Projekt Europa zu führen, denn ein überstaatliches Projekt wie die EU läßt sich nur unter Berücksichtigung aller seiner Aspekte begreifen, kritisieren und angreifen. Zu diesem Zweck ist es notwendig sowohl die diversen Politiken der Herrschenden in Europa und seinen Mitgliedsstaaten konkret zu benennen und zu bewerten, als auch über die unterschiedlichen Widerstandsprozesse und Erfahrungen in Europa zu diskutieren. Wir halten dies für notwendig um Widersprüche nicht einfach zuzudecken, sondern zuspitzen zu können, denn die Politiken der europäischen Herrschaften sind nicht linear und widerspruchsfrei, sondern ein Prozeß mit vielen Verwerfungen - sei es aufgrund der Konkurrenz untereinander, sei es aufgrund von Kämpfen gegen einzelne Aspekte europäischer Politik oder das Projekt selbst. Und auch der Widerstand in Europa gegen diese Politiken ist heterogen und widersprüchlich. (...)
Ausgehend von dieser Diskussion wollen wir die Frage eines gemeinsamen Kampfes gegen das Europa der Herrschenden an alle stellen, die diesem Ausbeutungs- und Unterdrückungssystem Widerstand entgegensetzen. Wie können wir uns besser koordinieren, gemeinsam kämpfen, uns zusammen organisieren? Wie können die unterschiedlichen Kämpfe aufeinander Bezug nehmen und sich stärken? (...)
Viele Fragen werden sicherlich im Verlauf des Kongresses nur angesprochen werden können. Die hier skizzierten Zielsetzungen werden sich außerhalb des Kongresses weiter entwickeln müssen. Ein Überwinden der kampagnenartigen Auseinandersetzung mit Europa und damit eine kontinuierlich arbeitende Struktur ist von uns angestrebt.
Der skizzierte inhaltliche4 Rahmen könnte in 7 Foren erarbeitet werden, die alle inhaltlich an vielen Punkten miteinander verbunden sind: (...)
Forum 1 Ökölogie
Forum 2 Rassismus
Forum 3 EU-Imperialismus / Kolonialismus
Forum 4 Antifaschismus
Forum 5 Repression/Konterrevolutuion
Forum 6 Ökologie und (Neue) Technologie(n)
Forum 7 Patriarchat, Sexismus und Bevölkerungspolitik



Erfolgreiche Antifa in Kiel

Für den 30.1.99 (66. Jahrestag der Machtübergabe an die NSDAP) hatte die NPD für Kiel eine Demonstration gegen die im dortigen Landeshaus ausgestellte Wehrmachtsausstellung angemeldet. Ein Demoverbot durch die Stadt Kiel hoben die Gerichte am 28.1. wieder auf.
1000 (!!) teilnehmende Nazis, vorwiegend aus den alten Bundesländern, konnten aufgrund von antifaschistischen Protestaktionen ihre Demo nicht wie geplant durchführen. Entlang der geplanten Route der Nazis wurden Müllcontainer angezündet und Barrikaden aus Autos errichtet. Die NPD-Demo wurde daraufhin in ihrer Route verkürzt.
Eine von den Grünen angemeldete Gegendemo mit 2500 TeilnehmerInnen zog nicht wie geplant zum Landeshaus, weitab der Nazi-Demoroute, sondern wurde nach halbem Weg von den VeranstalterInnen für beendet erklärt und zog danach den Nazis entgegen, blockierte deren Route, so daß die Nazis trotz massiver Polizeiunterstützung erneut kehrtmachen mußten. Am Rande der angemeldeten Antifa-Demo wurde die bekannte faschistische AntiAntifa-Aktivistin Thekla Kosche gesehen und ihr mit handfesten Argumenten ihre Unerwünschtheit klargemacht.
Einem Reisebus, mit dem Nazis angereist waren, wurden Scheiben eingeworfen ebenso wie einem Nazi-Klamottenladen.
59 Antifas wurden von der Polizei in Gewahrsam genommen.
Fazit: Die Antifa-Aktivitäten waren ein voller Erfolg. Die NPD-Demo wurde massivst behindert und den politisch Verantwortlichen der Stadt Kiel nachdrücklich klargemacht, daß Nazi-Demos nicht hingenommen werden.
„Vor allem die perfektionierte Guerilla-Taktik der Autonomen stelle nicht speziell geschulte und ausgerüstete Polizisten vor wachsende Probleme, sagte (Innenminister) Wienholtz.“ (Kieler Nachrichten, 11.2.99)





Dokumentation

anschlag auf den faschistischen kriegsklotz in hamburg

heute nacht haben wir auf das sogenannte '76er denkmal am stephansplatz (besser bekannt als "kriegsklotz") einen anschlag verübt. dieses denkmal ist einem infanterieregiment, das am deutsch-französischen krieg 1870/71 und am 1. weltkrieg teilnahm, gewidmet.

das denkmal wurde 1936 mit einer pompösen propagandaveranstaltung der nazis eingeweiht. das auf dem denkmal stehende gedichtzitat "deutschland muß leben und wenn wir sterben müssen" (aus "soldatenabschied" von heinrich lersch) untermauerte die herrschende blut- und boden-ideologie des deutschen faschismus. der spruch suggeriert einerseits, daß deutsche morde und verbrechen im 1. weltkrieg nicht aggression gewesen, sondern allein zur verteidigung notwendig waren, und verfälscht somit die geschichte. andererseits wird deutschland als ein lebendes, höherstehendes wesen dargestellte, für dessen überleben eine räumliche expansion nach damaliger ideologie dringend erforderlich sei (die 3 jahre später bekanntlich auch stattfand). in kombination mit der neben dem denkmal angebrachten "großtaten der vergangenheit sind brückenpfeiler der zukunft" liest sich das gedichtzitat als aufforderung, auch heute noch für das "deutsche vaterland" - ein herrschaftslegitimierendes und ausgrenzendes konstrukt einer deutschen nation - zu marschieren, zu morden und zu sterben.

obwohl das denkmal seit 1945 umstritten ist, wurde es bisher nicht demontiert, sondern trägt - gut gepflegt - immer noch an einer exponierten stelle der stadt seine widerliche botschaft zur schau.

deutschland muß sterben damit wir leben können

unsere aktion ist kein akt blinder zerstörungswut, sondern richtet sich gegen diese militaristische und nationalistische ideologie, die auch heute noch in deutscher standortpolitik und in großteilen der deutschen gesellschaft präsent ist.
wir fordern euch alle auf, den von uns begonnenen abriss des gesamten faschistischen denkmals und der schrifttafeln fortzusetzen.
schluß mit militaristischen und nationalistischen traditionen und ideologien!
keine völkisch-nationalen denkmäler in hamburg und anderswo!

diskussionkreis "eine starke truppe"

Food not Bombs

Essen umsonst und für alle!

Im Sommer '98 hat sich nach einer Infoveranstaltung zu Food not Bombs auch in Hamburg eine FnB – Gruppe gegründet.
Food not Bombs ist eine in den USA Anfang der 80er Jahre gegründete Organisation, die inzwischen aus über 100 autonomen Gruppen weltweit besteht. Auch in Deutschland gibt es inzwischen über 10 Gruppen, die stetig mehr werden.
Jede Gruppe sammelt Nahrungsmittel, die sonst weggeschmissen werden würden, bereitet daraus vegetarische bzw. vegane Mahlzeiten zu und serviert diese in zentralen Plätzen der Innenstädte - an alle Menschen, die Hunger haben. Sie kochen auch auf Protestkundgebungen und anderen Aktionen.
Wir haben uns für Hamburg vorgenommen, an diese Tradition anzuknüpfen. Bisher haben wir ca. acht Mal gekocht und das (vegane) Essen am Hbf verteilt. Dieser ist, wie in den meisten Städten, Zentrum der Vertreibungspolitik gegenüber nicht ins Stadtbild passenden Menschen, wie Obdachlosen und DrogengebraucherInnen.
Erfreulicherweise hat sich der Staatsschutz bisher noch nicht blicken lassen, was nach Erfahrungen in anderen Städten nicht selbstverständlich ist. In Köln wurden bereits Personalien festgestellt, von der Repression in den USA ganz zu schweigen. Hier werden Menschen von FnB regelmäßig verhaftet, das Essen wird weggeschmissen und die Töpfe konfisziert.
Es gibt jedes Mal einen enormen Andrang von Menschen, die etwas zu Essen wollen. Durch Bänke, auf denen sich die Menschen niederlassen können, soll eine entspannte Atmosphäre geschaffen werden, bei der sie reden können.
So kommt es zu einer Kommunikation, die sich in Zukunft hoffentlich noch vertiefen läßt. In den USA wird FnB bewußt als Anlaufpunkt genommen, bei dem man über Politik, Probleme und anderes offen diskutieren kann.
Neben dem Kochen wollen wir auch inhaltlich zu verschiedenen Themen wie Ausgrenzung und Vertreibung arbeiten. Dazu treffen wir uns alle zwei Wochen sonntags im LIZ. Leute, die Interesse haben mitzumachen, können gerne vorbeikommen. Nächste Treffen: 7. + 21. März, 4. April, 18.00
Nächstes Kochen: 14. April, 10.30 LIZ

In diesem Sinne,
Essen ist genug da!
Gegen die herrschende Vertreibungspolitik!

Food not Bombs Hamburg

Azubi-Diskussionsfrühstück in der Flora

Hallo,
wir wollen alle linken Azubis (das schreiben wir so vage, weil's auch so vage gemeint ist, halt antikapitalistisch, usw., halt gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für die klassenlose Gesellschaft) zu einem Diskussionsfrühstück am 14. März 1999 um 12.00 in der Flora Vokü
einladen und das sind so die Sachen, die uns dazu eingefallen sind:

-In der Szene[1] herrscht eine ziemliche Trennung zwischen der Politik, die wir machen und dem, wie wir an unser Geld kommen. Wenn wir also arbeiten gehen, blenden wir damit einen Teil unseres Lebens ziemlich aus; einen Teil der verdammt groß ist und in dem auch viele Konflikte sind, Auseinandersetzungen mit Meistern und Ausbildern, die schikanieren, Auseinandersetzungen um rassistische und sexistische Sprüche. Auf jeden Fall gilt meistens die Devise: Eigentlich seh ich das ja ganz anders, aber im Betrieb...
Wir haben das Ziel, auch im Betrieb politisch handlungsfähig zu sein. Die Möglichkeiten die wir da bisher ausgemacht haben, sind aber eher kläglich. Obwohl es wichtig ist als revolutionäre Linke da sichtbar und vor allem aktiv zu sein, um in die Konflikte, die sich da ja tatsächlich abspielen, einzugreifen.
Anderes Thema aus der Ecke: Gewerkschaftsarbeit. Die Probleme, die da auftauchen sind so anders als die, die wir sonst so kennen. Dazu ist Austausch wichtig. Denn, daß wir uns den Arsch aufreißen und hinterher auch nicht mehr wissen, als daß wir alle Gewerkschaftsbonzen an die Laternen wünschen, ist auch nicht Sinn der Sache.
-Der Bürger, an den wir uns in unserer Politik wenden, ist entweder Schüler - auf dem Weg zum Abi, oder Student oder was da halt ein paar Jahrzehnte später draus geworden ist. Unsere Kollegen, mit denen wir uns gezwungenermaßen acht Stunden am Tag beschäftigen, kommen darin auf jeden Fall nicht vor.
-Auch im Selbstbild der meisten Leute in der Szene ist Arbeiten nicht so richtig vorgesehen, auch wenn sich das in der letzten Zeit gezwungermaßen ändert, prägt diese Haltung die Art wie Politik gemacht wird doch ziemlich.
Wir sind uns klar darüber, daß Azubi nicht gleich Azubi ist und daß es ein riesen Unterschied ist, ob man in der Industrie oder in einem Handwerksbetrieb, oder im sozialen Bereich (davon haben die EinladerInnen nämlich gar keine Ahnung) eine Ausbildung macht. Aber wir denken, es geht nicht darum unsere Unterschiedlichkeiten aufzuzählen, sondern zu gucken ob wir nicht zu diesen Punkten was zusammen zu diskutieren haben.
Soweit eure EinladerInnen
Wir sind auch zu ereichen über:
Frühstück
c/o Schwarzmarkt
Kleiner Schäferkamp 46a
20357 Hamburg

[1]Szene ist natürlich ein sehr vager Begriff von dem sich auch Viele fleissig abgrenzen (wir auch) also seht das mal nicht so eng.



Dokumentation

BEKENNERINNENSCHREIBEN (Horch, was kommt von draußen rein)

Wir haben am Abend des 17.2.1999 gegen 20.20 Uhr in einer generalstabsmäßig geplanten Aktion das Lokal im Feuerwehrmuseum am Friedrichsgaber Weg mit Schneebällen bewaffnet betreten.
Dort hatte die Norderstedter CDU zu einer Diskussion über die doppelte Staatsangehörigkeit eingeladen.
Mutig und von der Richtigkeit unsere Tuns aus tiefstem Herzen überzeugt, setzten wir die berüchtigsten VordenkerInnen des lokalen Stammtischrassismus mit präzise ausgeführten Luftschlägen vorübergehend aus der Fassung.
Eine gezielte Attacke traf die Galeonsfigur der wertkonservativen TieffliegerInnen direkt unter dem Kinn und führte zu einer kurzfristigen Unterkühlung der Halsschlagader.
Auch der verzweifelte Ausfall eines konterrevolutionären Parteisoldaten konnte die empfindliche Niederlage der BlutRechts-ExtremistInnen nicht schmälern.

Mit unserer Aktion vom 17.2.1999 haben wir der Paschen-Bande mal kräftig Sand ins Getriebe bzw. Schnee ins Gesicht gestreut.

HA HO HE - RassistInnen brauchen Schnee!!

Na, nun mal im Ernst:
Alle RassistInnen sind Arschlöcher - Überall!!
Stoppen wir die rassistische Hetzkampagne der CDU!
Offene Grenzen und Bleiberecht für Alle!

KOMMANDO AUTONOMES SCHNEETREIBEN
Norderstedt, 17.2.1999

CDU-Unterschriftenliste

Am 23.1.99 führte die CDU in Hamburg die ersten öffentlichen Stände zur Unterschriftensammlung gegen die geplante Änderung des Staatsbürgerrechts durch.
Einige Menschen besuchten den Stand in Rahlstedt und bekundeten ihren Protest gegen diese rassistische Mobilisierung der „Volksgemeinschaft". Dabei ging u.a. der Tapetentisch der CDU zu Boden. Leider wimmelte die Gegend voller Zivilpolizisten, was sich erst jetzt, aber umso massiver, mit 5 Festnahmen offenbarte.
Eine Woche später sammelte die CDU am Herhard-Hauptmann-Platz in der Innenstadt Autogramme unter massivem Polizeischutz. Die PolizistInnen wiederum waren umzingelt von AntirassistInnen.
In den nachfolgenden Wochen fehlt uns leider der Überblick - und offensichtlich der lange Atem, der CDU-Aktion auf Dauer wirkungsvoll etwas entgegenzusetzen.







Faschistische Demo gegen Doppelte Staatsbürgerschaft durchs Schanzenviertel

Am Montag den 22. 2. sollte nach Berichten aus der Presse in Hamburg eine Demonstration gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft stattfinden. Aus uns nicht bekannten Gründen fand diese jedoch nicht statt und soll auf eine Woche später (Mo. 29.2.) verschoben worden sein. Wir sind gespannt, ob der Aufmarsch durch das Schanzenviertel wirklich stattfindet und hoffen für diesen Fall, daß die untenstehenden Parolen aus dem nachfolgenden Aufrufflugblatt gegen diesen Aufmarsch dann in konkrete und effektive Handlungen umgesetzt werden können.

Mit diesem Aufmarsch soll an eine Demo in Berlin vom letzten Montag angeknüpft werden. Dort demonstrierten etwa 40 Deutschnationale und Rechtskonservative unter dem Leitspruch „Doppel-Pass-Nein". Aufgerufen hatten Mitglieder des „Bund Freier Bürger" (ein deutscher Parteiableger des österreichischen Neofaschisten Jörg Haider) und der ehemalige Linke und heutige Nationalist Horst Mahler. Mahler ist ein ehemaliger SDS-Aktivist, war Anfang der 70er kurzzeitig Mitglied der RAF und saß dafür auch im Knast. Durch eine entführung des späteren Berliner CDU-Oberbürgermeisters Peter Lorenz sollte unter anderem auch Horst mahler aus dem Knast befreit werden. Dieser lehnte als einziger seine Befreiung ab. Seiner Meinung nach hatten lediglich die proletarischen Massen, nicht aber die „Bewegung 2. Juni", die Aufgabe, die politischen Gefangenen zu befreien. Da jedoch die Befreiung Mahlers durch das Proletariat ausblieb, rächt er sich heute am selbigen durch die Zusammenarbeit mit Rechtsradikalen. Bundesweit erregt er seit einiger Zeit Aufsehen durch Interviews z.B. im Focus aber auch in Nazi-Zeitungen wie der „Jungen Freiheit". Dort spricht er sich für eine Zusammenarbeit und Bündnisse mit faschisten aus. „Links" und „Rechts" seien heute nur noch Worthülsen. Auch der SDS und die RAF hätten die Nationale Frage thematisiert. Deutschland drohe die „Überfremdung" und das „deutsche Volk" sei „in Gefahr eine Minderheit zu werden": (Quelle: Taz 17.2.99, Junge Welt 16.2.99)

Wir wollen solche Nazischeiße nicht hinnehmen. Beantworten wir die Provokation von Mahler und seinen Weggefährten. Beantworten wir ihre Propaganda nach dem faschistischen Mord an Omar Ben Nuoi in Guben. Beantworten wir ihren Versuch, bewußt durch ein ein traditionell eher linkes Viertel, in dem viele MigrantInnen leben, eine rechte Demo durchzuführen. Verhindern wir, daß sich der rassistische Konsens hier weiter ausbreitet. Schmeißen wir den deutschnationalen Aufmarsch von der Straße und die rassistische CDU-Schweinebande, die diese Hetzkampagne überhaupt erst begonnen hat, am besten gleich hinterher!!

Verhindert den deutschnationalen Aufmarsch durchs Schanzenviertel!
Greift Nazis und Rassisten an !
Offene Grenzen und Bleiberecht für alle !

AnwohnerInnen aus dem Schanzenviertel

Bundesweite Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss am 12. Juni um 12 Uhr, Treffpunkt Bahnhof

In Neuss (NRW) befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauenabschiebeknast. Eingeführt unter einer SPD-Landesregierung, die in Sachen Abschiebung und Abschiebeknäste Vorbild für die anderen Bundesländer war, hat sich daran auch unter rot/grüner Herrschaft erwartungsgemäß nichts geändert. Der Knast befindet sich mitten in der Stadt Neuss, wenig spektakulär und unauffällig. Zwischen 70 und 90 Frauen sind hier in Zweier- und Sechserzellen eingesperrt, oft Frauen unterschiedlicher Herkunft in einer Zelle, so daß eine Verständigung schwierig ist. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird nur durch einen männlichen Sanitäter erbracht, die Frauen haben keinen freien Zugang zu Telefonen und Besuche sind stark eingeschränkt. Meist ohne Informationen über ihr Verfahren und ihre Rechte ist für sie die Dauer der Haft, an deren Ende in der Regel die Abschiebung steht, nicht absehbar. Zur Zeit sind überwiegend Frauen aus Osteuropa, zur Hälfte aus der ehemaligen Sowjetunion inhaftiert, aber auch aus einigen afrikanischen Ländern wie Ghana und Nigeria, aus Syrien, der Türkei und Tunesien, aus Thailand und Lateinamerika.

Aus eigenem Entschluß und/oder gezwungenermaßen haben sie ihr Zuhause, ihren Sprachraum und ihre Freunde und Familien verlassen. Sie sind geflohen vor Kriegen und geschlechtsspezifischer Armut, aber auch vor Verfolgung wegen politischer Aktivitäten und Widerstands. Sie haben Arbeit, ökonomische und politische Sicherheit gesucht. Sie sind als Ehefrauen deutscher oder in Deutschland aufenthaltsberechtigter Männer gekommen. Sie haben die Kraft und den Mut aufgebracht, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Selbstbestimmungsrecht als Frau, wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Lesbenverfolgung, Berufsverbote und Kleidervorschriften zu wehren und zu fliehen.

Doch auch hier ist das Leben vieler Migrantinnen durch ein spezifisches Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung gekennzeichnet. Das beginnt damit, daß sie zunehmend gezwungen sind, illegal in die abgeschottete BRD einzureisen. Dabei sind sie auf Fluchthelfer angewiesen, mit dem Risiko, von diesen finanziell und auch sexuell ausgenutzt zu werden. Es setzt sich fort in einer Asylpraxis, die Frauen in der Regel nicht als asylberechtigt anerkennt, da ihre Fluchtgründe ignoriert und entpolitisiert werden. Kommen Migrantinnen als Ehefrauen, sind sie in höchstem Maße dem Ehemann ausgeliefert, da ihr Aufenthaltsrecht über Jahre von ihm abhängt. (...)

Wir fordern deshalb:

- Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen
- Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund

(...) Die gemischtgeschlechtlichen antirassistischen Gruppen haben die spezifische Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen bisher kaum wahrgenommen, wenn dann meist nur als politische Pflichtübung. „Erfolgreich" konnte so die ansonsten erforderliche Diskussion über das Zusammenwirken von staatlicher Gewalt, Rassismus und Sexismus vermieden werden. Im Kampf gegen Staat und agressiven Rassismus wurde die direkte und strukturelle Unterdrückung von Frauen wieder einmal ignoriert. Vor diesem Hintergrund fordern wir daher insbesondere von den Männern, sich in diese Auseinandersetzung zu begeben und daraus auch Konsequenzen für ihr Verhalten auf der Demo zu ziehen.

Wir rufen in diesem Jahr zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss auf, um Frauen dort unsere Solidarität und Verbundenheit zu zeigen. Wir rufen dazu auf, gegen die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse in Gesellschaft und Staat zu demonstrieren. Laut, entschieden und phantasievoll!!

Es wird auf der Demo einen Frauen/Lesben-Block geben.

Es ruft auf: Vorbereitungsplenum Demo Neuss

Um diese Auseinandersetzung schon im Vorfeld der Demo anzustoßen haben wir eine Broschüre zum Frauenabschiebeknast Neuss gemacht. (...) Sie kann bestellt werden bei: Infoladen Anschlag, Stichwort Neuss, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld (5 DM + 1.50 DM Porto in bar oder Briefmarken)

Keine Transparenz in der Struktur ...

Eine Antwort auf das Papier aus dem Schwarzmarkt

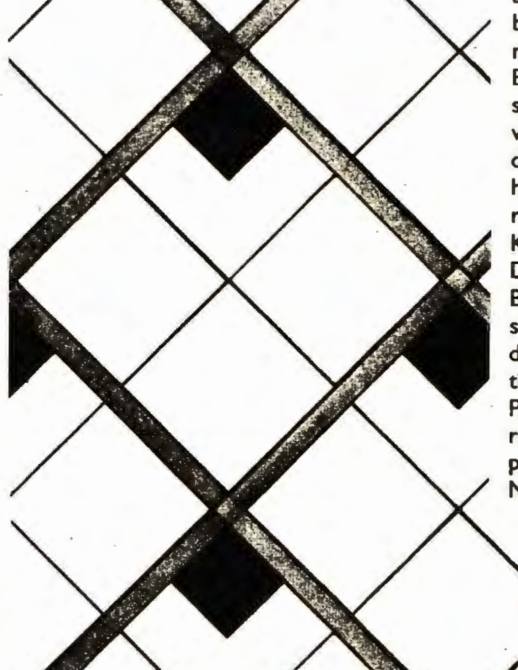
Es ist bedauerlich, daß ihr zwei Jahre damit gewartet habt, eure Diskussionen und Schwierigkeiten öffentlich diskutierbar zu machen. Noch bedauerlicher ist es, wenn dieses Papier das Ergebnis eurer Diskussionen sein soll: Eure Analyse greift an vielen Punkten zu kurz und muß ergänzt werden. Wesentlicher erscheint mir jedoch, daß es an der Zeit ist, das derzeitige Konzept vom Schwarzmarkt wirklich radikal und ernsthaft in Frage zu stellen.
Es kann nicht nur um *„neue Anstöße und Ideen"* für die bestehende Struktur gehen. So sehr ich es auch verstehen kann, daß die MacherInnen am Laden *„hängen"*, ist dies doch eher ein persönliches Problem. Wenn die Zukunft des Schwarzmarkts öffentlich diskutiert und mitgestaltet werden soll, dann mit allen Optionen – an der Oberfläche gekratzt wurde scheinbar lange genug.

Zur Notwendigkeit des Schwarzmarktes

Der Schwarzmarkt in seiner jetzigen Form ist für politische Arbeit nicht notwendig: Inhaltlich fehlt es dem Laden an allen Ecken und Kanten (außer vielleicht im Antifa-Bereich), d. h. das Archiv der sozialen Bewegungen, gewisse Buchläden in Hamburg oder auch die B5 und Flora sind bessere Info- und Kontaktstellen als der Schwarzmarkt.
Hinzu kommen die mitunter durchaus etwas lax gehandhabten Öffnungszeiten – welche stand noch nicht vor verschlossener Tür? Und wer hat es nicht nach dem dritten Reinfall endgültig geknickt? Die notwendigen Infos werden dann eben woanders gesucht und gefunden, der Schwarzmarkt fortan nur noch sporadisch besucht – wenn mensch eh gerade mal in der Nähe ist – und irgendwann vergessen...
Allerdings sollte zu *„zwingender Notwendigkeit"* auch bemerkt werden, daß der Schwarzmarkt diese nie besessen hat (auch wenn es einigen gemischt arbeitenden Autonomen so vorgekommen sein mag): Viele Solidaritätsgruppen zu Trikontländern konnten schon immer ohne diesen Infoladen arbeiten, viele FrauenLesben haben den Schwarzmarkt nur selten bis nie betreten, ohne deswegen politisch inaktiv gewesen zu sein, und auch Antirassismus- und Flüchtlingsgruppen waren nie auf die Existenz des Schwarzmarktes angewiesen, um nur einige Beispiele zu nennen.
Es geht also nicht um eine *„verloren gegangene zwingende Notwendigkeit"*, wohl aber um eine extrem zugenommene Bedeutungslosigkeit dieses Infoladens.

Lamento über die Gründe

„Ein Infoladen ist Ausdruck der politischen Szene" – oft gehört, selbst gesagt und trotzdem: Banane.
Erstens meint „Szene" die gemischte Autonome, was u. a. der FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt zu spüren bekam, also drück(t)en sich vielen „Szenen" überhaupt gar nicht im Laden aus. Dies ist heute, wo „die Szene" für alle sichtbar in Klüngel, Strömungen, Bereiche und was weiß ich „zerfallen" ist, im Schwarzmarkt selber deutlich: Präsent sind Antifa, AntiAkw etc., ich nenn's mal „Jugend-Themen", viele Inhalte („Szenen") fehlen einfach.
Zweitens ist der Laden entweder Ausdruck der Leute, die ihn machen, oder ein (meist schlechter) Gemischtwarenladen. NutzerInnen des Schwarzmarktes waren und sind überwiegend KonsumentInnen von Infos – es wäre zwar schön, wenn sich mehr Leute aktiv in die Gestaltung einbringen würden, aber dadurch, daß es zum tausendsten Mal seit 10 Jahren bejammert wird, wird aus dem Wunsch keine Praxis. D. h. es war und ist immer Arbeit der MacherInnen, Infos zu sammeln, aufzubereiten, zur Verfügung zu stellen, zu verbreiten.
Und drittens impliziert der obige Satz eine prima Entschuldigung, sich nämlich aus der eigenen politischen Verantwortung zu ziehen und den Moralzeigefinger auf andere zu richten: „Die Szene" ist eben schuld. Und die ist eben seit Ewigkeiten am „Niedergehen". Schön diffus ist das Ganze auch noch...



Was hat sich nun also verändert?

Ein guter Schwung von Leuten, die Politik konsumieren, haben auch schon vor der Arranca! Nr. 8 – Auseinandersetzung den Weg zum Schwarzmarkt nicht mehr geschafft: Als er 1992 vom Paulinenplatz im zentralen St. Pauli in den Kleinen Schäferkamp ins entfernte Eimsbüttel wegzog, lag doch so praktisch die Druckerei auf der Strecke, daß sich der weite Umweg nicht mehr lohnte.
Und wer gerne und ausschließlich Broschüren und Bücher in sich hineinfrißt, ohne das Gefühl zum Handeln zu verspüren, für die/den war der Arranca-Boykott doch auch ganz praktisch: Konnten doch nun die bereits vorher nicht mehr im Schwarzmarkt verkauften Zeitungen Beute und Bahamas ohne schlechtes Gewissen zusammen mit der Arranca zentral eingekauft werden. Doch welche Auswirkungen hat das Ausbleiben „ehemals Aktiver", die heute Papiere rein zum Selbstzweck in sich reinstopfen und wieder auskotzen? Die Kasse klingelt weniger...
Diejenigen allerdings, die den Arranca-Boykott nicht nur individuell kritisierten, sondern sich politisch engagieren, haben deswegen nicht den Schwarzmarkt boykottiert. Dies ist zu kurz gegriffen.
Parallel ist in den letzten Jahren eine Umorientierung des Ladens um quasi 180° passiert. Es ist schon eine bittere Ironie: Noch bis vor 5 Jahren gab es heiße Diskus-

sionen, wie die oben erwähnten Themen, die „die Jugend" ansprechen, im Laden Einzug erhalten könnten – der Laden samt Crew empfand sich als veraltet, nichts, wo junge Leute, die politische Hoffnung von morgen, sich wohl fühlen und einbringen könnten. Es gab eine ziemliche Diskrepanz zwischen den immer jüngeren NutzerInnen und den immer älter werdenden Menschen hinterm Tresen.
Dies natürlich auch thematisch. Denn jedeR MacherIn bringt immer auch ihre/seine politischen Interessen und Inhalte mit ein, als da waren Gefangene, Repression, diverse Trikontländer etc., aber auch Antifa und AntiAkw, allerdings vom Standpunkt der „Älteren", „Erfahrenen". Um die altersbedingte und thematische Diskrepanz zu schließen, wurden verstärkt jüngere Leute in den Schwarzmarkt miteinbezogen, und heute repräsentieren sie mit „ihren" Themen den Laden.
Doch so wie vor einigen Jahren die „Jüngeren" eher „abgeschreckt" wurden und sich nicht im Schwarzmarkt wieder fanden, geht es jetzt den „Älteren": Mit der personellen Kontinuität („Ich gehe am Mittwoch in den Laden, weil da treffe ich immer...") ging quasi zwangsläufig auch die inhaltliche baden („Das ist ja ein reiner Antifa-Jugend-Laden...").
Daß sich in Hamburg andere Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten entwickelt haben und dort inzwischen reges Treiben herrscht, ist ausdrücklich zu begrüßen, auch wenn es sich für den Schwarzmarkt vielleicht negativ anfühlt. Es kann nie genug solcher Orte geben – ein kontinuierlicher Austausch dazwischen wäre wünschenswert.

Was sich nie ändert...

Dennoch hat der gute, alte Infoladen auch noch seinen Sinn: während es z. B. in der Flora politisch auf- und ab- und aufgeht, und dies alles mitunter rasant und unberechenbar, kann eine Bestimmung des Infoladens das „Überwintern" (nunmehr seit 8, 10 Jahren, stöhn) von Strukturen sein, weil hier eine relativ eigenständige Kontinuität gewährleistet ist. Auch auf eine – themenunabhängige – bundes-/europaweite Vernetzung im Rahmen der Infoläden kann immer wieder bei Bedarf zurückgegriffen werden. Und natürlich sind die Infos von Polit-Touris aus anderen Ländern auch immer interessanter und wirklicher als die Frankfurter Rundschau.

... und was sich ändern sollte

Vor allem aber sollte die Frage, die ihr in eurem Papier in die „*Zukunft*" schiebt, als erstes diskutiert werden: Infoladen als politisches Projekt oder Dienstleistungsbetrieb.
Sicherlich ist diese strikte Trennung künstlich: Jeder Infoladen ist ein Dienstleistungsbetrieb (und muß es auch sein). Schon das Zugänglichmachen von Information ist Dienstleistung.
Um den Schwerpunkt darauf zu legen, müßte der Schwarzmarkt jedoch eine Professionalität entwickeln, die „ehrenamtlich" wohl kaum zu schaffen ist. Darüber hinaus muß er zu einem Gemischtwarenladen verkommen, der so gut wie alles anbietet. Dies würde dann keine öffentliche Diskussion erfordern, das wäre euer Bier...
Es geht also hier um Infoladen als politisches Projekt und welche Struktur dies tragen soll. Dazu folgende Thesen:

- Im Schwarzmarkt müssen möglichst viele Themen vertreten sein.
- Um eine Themenvielfalt zu gewährleisten, müssen verschiedene Leute mit unterschiedlichen politischen Schwerpunkten den Laden machen.
- Damit Leute jeglichen Alters, jung und alt und mittelalt, sich im Schwarzmarkt angesprochen und wohl fühlen, muß auch hinsichtlich des Alters alles, was möglich ist, am Laden beteiligt sein. Die Forderung, daß NutzerInnen auch selbst was einbringen, ist am ehesten zu realisieren, wenn diese mit den Leuten hinterm Tresen bekannt sind; dies steigert auch das Gefühl, sich für die Inhalte im Laden mehr mitverantwortlich zu fühlen.
- Um eine Kontinuität aufzubauen und zu erhalten, sollten Gruppen einzelne Tage übernehmen. Selbst wenn einzelne dann zeit- oder interessensbedingt den Ladenbetrieb nicht mehr machen (können/wollen), bleibt die Verantwortlichkeit bestehen.
- Die Gruppen sollten „feste" Tage haben, also immer am gleichen Tag für „ihr Klientel" ansprechbar/unterhaltsam sein.
- Alle Wochentage, auch der Donnerstag, sollten geöffnet sein. Drei Jahre nach dem Ende des FrauenLesbenTages und v. a. der damit zusammenhängenden Begründung sollte auch dieser Tag gemischt geöffnet werden.

Die von euch erwähnten „*früheren Erfahrungen*" mit „*beträchtlichen Schwierigkeiten*" bei einzelnen autonomen Tagen kann ich so nicht akzeptieren: Ein Delegiertenplenum (keine Vollversammlung) sollte in der Lage sein, die Vermittlung der einzelnen Tage herzustellen und gemeinsam zu reden.

Kraftakte sind möglich, wenn klar ist wofür.

P. S. Ich finde es sinnvoll und auch direkter, wenn ihr zu dem Thema mal ein Plenum oder so einberufen würdet – der Schriftwechsel über die Zeck ist doch eher die schlechtere Möglichkeit.



Liebe Flora,

wir kennen Dich mittlerweile schon seit fast zehn Jahren und seit dieser Zeit bist Du definitiv einer unserer Mittelpunkte, um die sich unser Leben hier im Schanzenviertel dreht - mal mehr, mal weniger. Wir waren dabei, als Du im November 1989 besetzt und damit ins Leben eines autonomen Stadtteilzentrums gebracht wurdest, wir verfolgten mit Interesse und Engagement Deine ausgefuchsten Verhandlungen mit Traute Müller sowie Deinen tollen Plan, aus einer riesigen Baugrube einen schönen Park zu machen. Wir haben so manche Schlacht für Dich geschlagen und so manchen kalten Tag in der Vokü gefroren und an Deinen ausgefallenen Partys so manche Droge ausprobiert: kurz wir kennen Dich recht gut und Du bedeutest uns sehr viel.

Nun verfolgen wir seit 2-3 Jahren Deinen mutigen Versuch, anders mit der Drogensszene im Viertel umzugehen, als es im linksradikalen Politikgeschäft eigentlich üblich ist. Dieser aufsehenerregende Schritt ist bestimmt ein Ergebnis der spannenden Diskussionen um Politik und Techno-Kultur und um den (eigenen) Umgang mit kriminalisiertern Drogen, der auch zu einer differenzierten Haltung geführt hat, jenseits der Parole: „Bullen und Heroin: zwei Wege, ein Ziel." Diese neue Haltung war einmalig für die radikale Linke in der BRD und wurde unserer Meinung nach mit viel Aufmerksamkeit in anderen Städten aufgenommen und diskutiert: Gut gemacht, liebe Flora!

Seit der Zuspitzung der sogenannten Drogenproblematik hier im Viertel durch das Wahlkampfgewitter 1997, in Kombination mit einem geschürten Rassismus gegenüber Afrikanern, hat sich Deine mühsam errungene differenzierte Haltung aber unserer Meinung nach teilweise in die andere Richtung refundamentalisiert. So hören wir aus Deinem Mund eine Problemanalyse, die uns zu glatt und widerspruchsfrei daherkommt und die - so glauben wir - der Angst geschuldet ist, dem Druck der massiven Vertreibungspolitik durch die Stadt sonst nichts entgegensetzen zu können. Das sieht dann so aus, daß kein Wort (öffentlich) darüber verloren wird, daß die Situation an der Flora und immer mehr auch in der Flora eine ist, die das Zentrum als Stadtteilzentrum - und so verstehen wir Dein Selbstverständnis immer noch (please correct us) - grundsätzlich bedroht.

Für uns ist es kein Radikalen-Test, ob es einer/einem was ausmacht, sich einen Weg durch die Drogenhandels- und Konsumszene zu bahnen, um in die Flora zu gelangen. Und es ist uns nicht selbstverständlich mit einem Verhalten konfrontiert zu werden, das ansonsten nicht geduldet werden würde, mit dem aber nun irgendwie anders umgegangen werden soll. Auch haben wir kein Interesse in der Flora direkt eine Funktion zu übernehmen, auf die wir in der Schärfe wenig Lust haben, nämlich einen großen Teil unserer inneren Aufmerksamkeit auf die Junkyszene zu richten: Wird gerade gedealt? Und wenn ja, wie verhalte ich mich? Kann das gefährlich sein? Ist der Becher in der Vokü richtig abgewaschen? In welche Ecke fass ich hin, auf welches Klo gehe ich? Was darf ich berühren? Sind gerade männliche Drogenkonsumenten auf dem Frauenklo? Geht es dem Junky auf dem Klo gut oder muß ich mal langsam nachschauen, ob er noch unter uns weilt? Ändert sich die Dealer-Szene von den „netten" Dealern zu brutalisierteren Strukturen? Muß ich mir das blanke Elend so dicht holen, nur weil es existiert? Habe ich diesen Anspruch auch bei mir zu Hause in meinem Hausflur? Bin ich in der Flora plötzlich einE SozialarbeiterIn?

Wir halten es für fatal auf diejenigen zu schimpfen, die sagen, daß ihre persönlichen Grenzen überschritten sind. Liebe Flora, wir hören Dich schon grummeln, daß die Leute doch gefälligst ihre subjektiven Ängste an der Realität messen sollen und erkennen sollen, daß vieles kleinbürgerliche Gartenzwerg-Ängste sind. Eins zu null für Dich; das finden wir auch. Aber wir finden auch, daß über ein Hinterfragen diese Grenzen nicht einfach weggehen und mit ihnen umgegangen werden muß, ohne sie wegzudrücken.

Und wir denken, daß einige Grenzen sehr berechtigt sind. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, daß die Flora nicht der Ort ist, in dem sich eine abgeschlossene Geschäftswelt von Händlern und KundInnen etablieren sollte, egal ob die mit Drogen oder mit Videospielen oder mit Tomaten handeln. Das Drogengeschäft hat zudem noch die Eigenschaft - da kriminalisiert - unter prämodernen Gesetzen zu funktionieren, in denen Einmischungen oder Handelsprobleme nicht qua Arbeitsgericht oder - besser linker - mittels Vollversammlung gelöst werden, sondern über das Recht des Durchsetzungsfähigsten (die männliche Form ist hier keine Unaufmerksamkeit). Das hat in und direkt am Eingang eines Stadtteilzentrums nichts verloren! Auch dann nicht, wenn diese Szene vom Staat kriminalisiert wird.

Das vom Staat erzeugte Elend und auch die erzeugten Geschäftsbedingungen können ein Zentrum kaputt machen. Schau Dir doch z.B. die Erfahrungen des autonomen Zentrums Reitschule in Bern an. Das ist nicht original die Schuld der Drogenszene, aber konkret können auch diese Menschen für eine Zentrumsstruktur bedrohlich werden. Das macht die Flora - also Dich - mittelfristig kaputt, weil es einen anderen Charakter in das Gebäude trägt, auf den Viele verständlicherweise keine Lust haben, weil sie eben was anderes in dem Kasten machen wollen.

Was bist Du, liebe Flora, für die Junkies? Schutzmacht? Was hast Du mit ihnen gemeinsam? Nicht alle Ausgegrenzten sind automatisch unsere Verbündeten, selbst wenn wir die konkrete Ausgrenzung verurteilen. Wir würden uns wünschen, daß Du die Junkies ernster nehmen würdest und nicht nur ihren Opferstatus gegenüber dem Staat betonst, sondern auch ihre Verantwortlichkeit z.B. Dir gegenüber. Kämpfe weiter gegen Vertreibung und rassistische Hetze und für den Erhalt des öffentlichen Raumes. Versuche weiter, den Graben als eben solch einen Raum offen zu halten und den echt fiesen Bullen etwas entgegenzusetzen.



Aber sorge auch dafür, daß Deine Eingänge nicht Teil der Drogenszene, sondern Teil der Stadtteilzentrumsszene sind: Für uns sind das immer noch zwei verschiedene Szenen, weil sie ganz grundsätzlich andere Dinge wollen und sich wirklich nur an dem einen Punkt treffen, seine Ruhe vor staatlicher Verfolgung haben zu wollen. Diesen Wunsch hätten wahrscheinlich auch noch viele andere in dieser Gesellschaft, mit denen wir bestimmt gar nichts zu tun haben wollen.

Steh zu dem Widerspruch auf der einen Seite gegen Vertreibung zu sein und auf der anderen Seite die Drogenszene aus dem Zentrum und was für dessen Erhalt notwendig ist (z.B. die Eingänge) zu „vertreiben", um selber überleben zu können.

Ein erster Schritt wäre dafür, von Deinen Problemen, Schwächen und Hilflosigkeiten auch öffentlich zu reden, statt wie in Deinem letzten Flugblatt die alte aalglatte Leier vom bösen Staat und den armen Junkies runterzubeten.

Wir wissen, daß Du viel Angst davor hast, mit der falschen Meute zu heulen, wenn Du Deine Widersprüchlichkeit offenlegst. Und bestimmt wird diese Meute auch Morgenluft wittern - vom VS bis zur Mopo. Aber warum so ängstlich? Denkst Du wirklich, Du hast zu wenig Profil, um Deinen komplexen Standpunkt vertreten zu können? Daß dann wirklich alle denken würde, daß Du auch nur schöne, saubere deutsche Straßen haben willst? Das denken wir nicht! Warum begreifst Du die Angriffsfläche, die Du mit einem solchen Schritt bieten würdest, nicht als politisches Feld, das es zu umkämpfen gilt? Das wäre doch viel spannender als eine vermeintliche Radikalität, in der die Probleme dann hintenrum über eine scheinbare sachliche Notwendigkeit sicherheitsarchitektonisch gelöst werden (Kassenhäuschen). Was würdest Du denn sagen, wenn der Baschu seine Mauern hochziehen würde, damit nachts niemand mehr in den Hof kommt?

Einen offensiven Umgang mit der Problematik würde darüberhinaus nicht nur die Falschen auf den Plan rufen. Es würde statt dessen einer Reihe von Menschen und Initiativen aus dem Stadtteil die lang erwartete Möglichkeit geben, sich zu Dir zu verhalten und vor allem mit Dir zu kämpfen.

Auch wenn Du es nicht gerne hörst: Du bist nicht die einzige im Stadtteil, die von der Hetze gegen Junkies und Dealer und von der Bullenpräsenz stratzgenervt ist. Bitte ziehe Deine Identität nicht aus der Abgrenzung und Isolation gegenüber dem vermeintlich monolithischen Block des rassistischen Viertelmobs.

Eine Kritik an der Drogenszene zu haben ist nicht das selbe wie rassistisch sein. So ein Denken würde dazu führen, daß jede Initiative oder gar Verbesserung im Stadtteil Dich in Deiner Selbstverortung gefährden würde. Damit wärst Du politisch tot und das wäre wirklich schlimm.

Zum Schluß noch ein paar Parolen, die Du ja so liebst:

- Mittelfristig: Ein weiterer Druckraum für die Schanze (Nicht aus der Perspektive „saubere Straße", sondern aus der Perspektive „weniger Elend und Not für die Junkies")
- Langfristig: Legalisierung aller verbotenen Drogen (Auch wenn damit alle jetzigen Straßendealer auf einen Schlag ihren Job verlieren würden und sie sich dagegen wehren würden und Du sie dabei bestimmt unterstüzen würdest - puh, es ist wirklich nicht leicht mit Dir, liebe Flora)
- Freihaltung der Eingänge von der Drogenszene

Wir haben Dich immer noch lieb,

einige Deiner UserInnen

Zum besseren Verständnis des vorstehenden Textes im Folgenden ein Auszug aus dem Flora-Faltblatt für AnwohnerInnen vom Januar '99, auch wenn nicht klar ist, auf welches „Flugblatt" sich die AutorInnen des Briefes an die Flora beziehen - gemeint ist ja die inhaltliche Position der Flora.

Die Vorwürfe gegen die Rote Flora verkennen die Realitäten im Viertel

Die Position der Flora, DrogenbenutzerInnen nicht völlig auszugrenzen und diesen die Möglichkeit zu geben, hinter der Flora wenigstens ansatzweise wind- und wettergeschützt zu drücken, wird zur Ursache für eine „Verschlimmerung" der Zustände im Viertel erklärt (Heutzutage katastrophisch als „Verslumung" aufgedonnert).

Zuallererst: Wir werden dieses absolute Minimum an Mitmenschlichkeit nicht aufgeben, selbst wenn dies mit (für uns) unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden sein sollte. Wir werden weder die Drogenszene vor unserer Haustür verjagen noch werden wir tolerieren, wenn dies durch die Polizei geschieht.

Wie das Drogenhilfeprojekt Fixstern in einer Erklärung im Juli 98 treffenderweise festgestellt hat, würde ohne diese Möglichkeit ein Teil der DrogenkonsumentInnen zwangsläufig wieder vermehrt in Hauseingängen, Spielplätzen oder Parks drücken müssen. Wir bieten eine, wenn auch armselige Gelegenheit an und versuchen im Rahmen unserer Möglichkeiten praktisch handlungsfähig zu bleiben.

Die Flora hat immer betont, daß die Druckmöglichkeit kein Ersatz für erweiterte Kapazitäten und Räumlichkeiten in der Drogenhilfe (als erste Schritte zu einer Legalisierung) sein kann. Diese werden aber bekanntermaßen von der BAGS *(Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales)* verweigert bzw. werden diese derartig in ein Konzept der dezentralisierten Elendsverwaltung eingebunden, daß sie nur noch als kontrollierende, nicht als akzeptierende Drogenarbeit wirken. Somit ist der Senat, bzw. die BAGS zu einem wesentlichen Teil an den schlechten Lebensbedingungen in der offenen Drogenszene Schuld.

Wenn jetzt die Rote Flora für die offene Drogenszene im Viertel verantwortlich gemacht wird, dann dient dies lediglich zur Ablenkung von dieser eigenen Verantwortlichkeit. Diese austauschbaren Vorwürfe werden - wie so häufig - als Schachzug gegen die von uns aufgebauten politischen Strukturen angewendet.

»Heike Cordes«

Verdeckte Ermittlerin enttarnt

Wir haben "Heike Cordes" als verdeckte Ermittlerin des Staatsschutzes enttarnt. Bis Oktober 1997 war sie wohnhaft in einer Appartementwohnung in der Bleicherstraße 26, c/o Knust, Tel.: 3196863. Sie arbeitete zusammen mit Herrn Zumpe vom LKA, Abteilung 84 (Staatsschutz). Anschrift: Bei den Hühnengräbern 18, 21220 Seevetal. Heike trug kurzes blondiertes, im Ansatz dunkles Haar, ist ca. 176 cm groß, schätzungsweise Mitte dreißig und hat Sommersprossen. Sie erzählte, daß sie Lesbe sei.

Ihre Vorgeschichte und Widersprüche darin:

Heike erzählte, daß sie aus dem Lesbensub in Bremen sei. Dort hat sie nach eigenen Angaben nie politisch gearbeitet. Zudem will sie eine Berufsausbildung zur Krankenschwester gemacht haben. Während ihrer Anwesenheit in unseren Zusammenhängen hat sie unterschiedliche Angaben zu ihrem Arbeitsverhältnis gemacht. Sie will, sofern sie angestellt war, stets in einem privaten Pflegedienst in Harburg gearbeitet haben. Ihre Angaben zu Ausbildung und Arbeitsplatz haben sie aufgrund unserer Nachforschungen als falsch herausgestellt. Sie behauptete 1995 ein Studium begonnen zu haben. Während ihrer Zeit in Hamburg verschwand sie mehrmals ohne Ankündigung für 1-2 Monate. Diese Abwesenheit begründete sie danach auf verschiedene Arten: kranke Mutter, kranke Freundin, Schlüsselbeinbruch.

Politisch arbeitete Heike nach eigenen Angaben in einer FrauenLesbengruppe aus St. Pauli mit dem Schwerpunkt Aidsprävention. Die Existenz dieser Gruppe konnte nie nachgewiesen werden, obwohl Heike sie ständig erwähnte. Keine der Frauen aus der Gruppe ist jemals gesehen worden. Dafür gab Heike unterschiedliche Erklärungen: Die anderen Frauen seien "bürgerlich", hätten andere Interessenschwerpunkte oder hätten keine Lust auf Kneipen. Über einen längeren Zeitraum diente ihr eine angebliche Auseinandersetzung in der Gruppe als Vorwand, alleine auftreten zu können. Später sagte sie, die Gruppe habe sich aufgelöst und nutzte dies als Argument, warum übernommene Aufgaben nicht erledigt werden konnten. Dies beispielsweise im Zusammenhang mit der Frauendemonstration zum 8. März 1997. Trotzdem übernahm sie noch lange nach der angeblichen Auflösung Aufgaben für ihre Gruppe.

Ihr Vorgehen

Auf Treffen, Veranstaltungen, etc. wirkte Heike stets interessiert und fragte oft nach Positionen und Einschätzungen von anderen, was sie mit dem "Neu sein" erklärte. Wenn sie sich inhaltlich äußerte, waren es meist unangefochtene Positionen, so daß sie nie inhaltlich angegriffen werden konnte. Persönliche Kontakte ging sie kaum ein und wurde unseres Wissens nach auch nie in Begleitung gesehen. Auf Treffen erschien sie stets allein. So ist sie z.B. oft zu spät auf Treffen gekommen und kurz vor Ende gegangen, so daß für sie kaum die Gefahr bestand in persönliche Gespräche verwickelt zu werden. Sie verstand es, Nachfragen aus dem Weg zu gehen oder reagierte sehr gereizt darauf. Sie ging sehr gezielt auf Einzelne zu, allerdings nicht sehr nachdrücklich. Sie ging unaufdringlich vor und stellte keine komplexen, sozialen Beziehungen her. Heike wechselte ständig die Gruppen und die Szenen. Zuerst kam sie in gemischte Zusammenhänge, orientierte sich dann in FrauenLesben-Zusammenhänge und zuletzt wieder gemischt. Hierdurch hatte sie die Möglichkeit, sich quasi als Eintrittskarte auf andere zu beziehen, bzw. sich auf neuen Treffen entsprechend "vorzustellen".

Ihre Aktivitäten/was sie mitbekommen hat

Heike tauchte unseres Wissens das erste Mal etwa 1994 in Hamburgs linken Zusammenhängen, genauer in dem Bündnis "Kein Fußbreit den Faschisten" (im Folgenden kurz KFDF) auf. Eventuell war sie vorher schon in VVN-Zusammenhängen,



das wissen wir nicht genau. Im Bündnis KFDF war sie mehr oder weniger kontinuierlich bis zum 8. Mai 1995. Sie befand sich dort in einer internen Arbeitsgruppe und verfasste innerhalb des Bündnisses einen Artikel über eine rechte Schwulengruppe, welcher im Antifaschistischen Info Nr. 1 zu lesen ist. 1994 trat sie dem "Bündnis gegen das PKK-Verbot" bei. Auf diesem Bündnis erzählte sie, von KFDF zu sein. Hier schloß sie Kontakte zu der Kurdistansolidarität Hamburg und dem FrauenKurdistanKomitee. Heikes Ansatz war ein konkretes Projekt, eine medizinische Delegation nach Kurdistan. 1995 kam sie auf die Treffen des offenen FrauenKurdistanKomitees. In beiden Zusammenhängen war es ihr relativ schnell möglich an Internas zu gelangen. Ab Frühjahr 1995 konzentrierte sie sich auf die Frauenstrukturen in Hamburg. Sie erschien regelmäßig am FrauenLesbenTag im Schwarzmarkt. Dort hatte sie Einblick in aktuelle Informationen und bekam Diskussionen mit.

Aufgrund ihrer angeblichen Krankenschwesterausbildung fuhr sie am 9.3.96 mit den Hamburgerinnen als Demosani zur 8.März-Demonstration zum Thema Kurdistan nach Bonn. Weiter nahm sie teil

- im November 1996 am FrauenLesbenaktionstag im Karoviertel
- im November 1996 an der FrauenLesbenveranstaltung zu Aussageverweigerung im Kölibri - im Februar 1997 am Treffen zum Prozessbesuch wegen der Demo am 16.6.1995
- 6.03.1997 FrauenLesben-Vokü in der B5 zum Thema Ravensbrück
- 9.03.1997 8.März-Demo in Hamburg
- 12.03.1997 Rote Hilfe Veranstaltung zu Peru

Im Anschluß daran schloß sie sich der daraus entstandenen Gruppe zum geplanten Redeverbot von Isaak Velasco (Europasprecher der MRTA) an. Dieser Gruppe gehörte sie bis ca. August 1997 an. Auf diesem Gruppentreffen war sie kontinuierlich, und übernahm verschiedene Aufgaben.

- 18.03.1997 Libertad Demonstration
- 15.05.1997 offenes Treffen zum Aufbau eines neuen FrauenLesben-Infoladens

Auf diesem Treffen gab sie sich wieder als Delegierte einer,FrauenLesbengruppe aus St. Pauli" aus. In der folgenden Zeit zog sie sich aus der FrauenLesbenszene zurück.

- Mai/Juni 1997 Mitarbeit an der Broschüre "Neue Akropolis"

Am 5. August kündigt sie der Gruppe, die zu Isaak Velasco arbeitete an, etwa 4-6 Wochen nicht in Hamburg zu sein, wurde allerdings 3 Tage später wieder und unseres Wissens nach zum letzten Mal gesehen. Sie verschwand somit sehr plötzlich. Im Oktober/November war ihre Wohnung aufgegeben.

Ob sie außer in den o.g. Zusammenhängen noch in anderen war. wissen wir nicht. Das wäre Sache der Betroffenen.

Unsere Einschätzung Unserer Einschätzung nach hat"Heike" über einen 4-jährigen Zeitraum versucht, ein weites Spektrum linksradikaler, feministischer und autonomer Politik abzudecken und für den Staatschutz "auszuleuchten". Antifa, Kurdistan-

solidarität, autonome FrauenLesbenzusammenhänge und internationale Solidarität. Interessant ist, daß der VS-Bericht ans der betreffenden Zeit über jede dieser Gruppierungen erstaunlich detailliert ist.
"Heike" ging dabei nicht bei einem Thema einer Gruppe in die Tiefe, sondern bewegte sich von Zusammenhang zu Zusammenhang, erfaßte mehr die Breite der Bewegung. Sie war zudem bei fast allen aktuellen Anlässen aktiv, dort, wo sie erstmal nicht auffiel. In einzelnen Fällen bekam sie durchaus auch tiefergehende Einblicke in Internas- ohne daß sie besonders viel mit den Menschen dieser Gruppe zu tun gehabt hätte. Gründe dafür waren u.a. ihr sehr so souveränes und sicheres Auftreten. In alle Zusammenhänge und Gruppen hat sich "Heike" mit dem Bezug auf andere Strukturen, in denen sie arbeiten würde, eingeführt. Mit dieser uralten Methode ist sie an keiner Stelle auf nachhaltige Schwierigkeiten gestoßen, obwohl schon relativ einfache Nachfragen hätten ergeben können, daß niemand sie näher kannte. Es stellte sich heraus, daß jedoch fast alle Zusammenhänge sie "ein wenig komisch" fanden und sich z.B. über ihre plötzlichen und unangekündigten Abwesenheiten wunderten. Die Tatsache, daß keine anderen Frauen aus der "St. Pauli Frauengruppe- jemals in Erscheinung traten, hätte schon früher zu stärkeren Nachfragen und gegebenenfalls zu Konsequenzen führen müssen. Obwohl Heikes Auftreten eigentliche relativ schnell ein diffuses Mißtrauen erzeugte, gab es lange keine konsequenten Versuche, Genaueres herauszufinden und die Verantwortung für die Situation zu Übernehmen.

Unsere Erfahrungen

Wir haben selbst sehr lange gebraucht, wirklich stichhaltige Beweise zu finden. Obwohl wir uns schon bald sicher waren, daß "Heike" eine Bullenfrau ist, wollten wir sie nur mit sicheren Beweisen öffentlich enttarnen. Der Umgang mit einem Spitzelverdacht bedarf größter Umsicht und Verantwortung. Es darf nicht sein, daß Vermutungen unbedacht öffentlich geäußert werden. In der Vergangenheit ist es schon öfter vorgekommen, daß Personen fälschlicherweise als Spitzel bezichtigt wurden. Bei einem konkreten Spitzelverdacht ist es wichtig, sorgfältig und genau zu sein, auch wenn es kurzzeitig nicht weitergeht, hartnäckig dranzubleiben und gegebenenfalls bei vertrauten GenossInnen Hilfe zu holen, oder die Arbeit an andere weiterzugeben. Aus unseren Erfahrungen fordern wir dazu auf: Versucht neue Leute, die in eure Strukturen kommen, genauer kennenzulernen, fragt sie auch nach ihrem persönlichen Alltag und ihrer Geschichte. Niemand, der sich wirklich politisch engagieren will, wird entsprechende Fragen komisch finden. Wenn sich jemand auf andere Gruppen bezieht, fragt dort nach. Das ist kein unberechtigtes Mißtrauen, sondern notwendiger Schutz politischer Strukturen. Sprecht in euren Gruppen über solche Fälle und diskutiert eure Strukturen und euren Umgang. Laßt es uns ihnen nicht so einfach machen. Seid subversiv und hartnäckig!

HH im Januar 1999

Freiheit für Michal Patera !!!

dem tschechischen Anarchisten drohen 15 Jahre Haft, nachdem er aus Notwehr einen Faschisten angeschossen hat

Protestkundgebung am 2. März vor dem tschechischen Konsulat

Solidaritätskonzert am 14 März in der Flora

Am 27. November '98 wurden 2 tschechische Anarchisten : Michal Patera und sein Freund S.V. in einer Prager Kneipe von 5 Faschisten angegriffen.
Die Angreifer sind als überzeugte und organisierte Faschisten bekannt. Sie lauerten den beiden Antifas gezielt auf, schlugen zuerst S.V. bewußtlos, und machten dann deutlich, daß es ihre Absicht sei, Michal zu ermorden. Allein dem Angriff von 5 Faschisten gegenübergestellt und einer konkreten Tötungsabsicht ausgesetzt, griff Michal zu seiner Pistole- für die er einen Waffenschein besitzt - und schoß. Er traf den aggessivsten der Faschisten drei Mal, woraufhin sich die anderen 4 kurzfristig zurückzogen und Michal entkommen konnte.
Leider nicht für lange, denn er wurde sehr schnell von der vom Kneipenwirt alamierten Polizei aufgegriffen und festgenommen. Seitdem sitzt Michal Patera in Haft.
Die "Spezialabteilung zur Bekämpfung des politischen Extremismus" beschuldigt ihn des politisch motivierten versuchten Mordes und sperrte ihn in den U-Knast.
Die Polizei stuft den Fall als ideologisch motiverten versuchten Mord ein, begangen durch einen bekannten "Linksextremisten" gegen eine Gruppe unschuldiger unauffälliger junger Männer. *Michal Patera drohen aufgrund dieser Anschuldigungen 15 Jahre (!) Haft.*
Gegen die Faschisten hingegen wird nicht ermittelt.

Nach offiziellen Angaben gibt es in der Tschechischen Republik 30.000 organisierte Neonazis und AktivistInnen, davon allein 3000 in Prag.
Ebenfalls nach offiziellen Angaben sind über ein Drittel der PolizistInnen Mitglieder oder aktive SympathisantInnen neofaschistischer, rassistischer oder extrem nationalistischer Organisationen. Die Sympathie und Zusammenarbeit zahlreicher Polizeibeamter mit Neonazis, die in manchen Fällen bis hin zu direkter Mittäterschaft reicht, ist eine bekannte Tatsache.
Michal Patera ist ein Mensch, der sich aktiv der zunehmenden Verarmung und Ausbeutung der Menschen seit Einführung des Privatkapitalismus in Tschechien entgegenstellt.
Schon oft riskierte er Leib und Leben um seine FreundInnen und GenossInnen gegen Nazis zu verteidigen. Er ist Herausgeber der Zeitung "Stimme der Direkten Aktion" und engagiert sich stark für die internationalen Solidarität vor allem mit GenossInnen aus Osteuropa.
Die finanziellen Möglichkeiten der tschechisch-slowakischen (Rechtshilfe-) Bewegung sind seit der Kampagne zur Unterstützung von Vaclav Jez erschöpft - Vaclav Jez saß nach einem fast identischen Vorfall im Juli 97 monatelang im Knast, aber durch eine internationale Solidaritätskampagne konnte ein Freispruch erzielt werden. Die Prozeß- und Verteidigungskosten beliefen sich auf über $ 4.300, was ca. 20 durchschnittlichen Monatsgehältern entspricht. Mindestens genausoviel Geld wird jetzt nochmal benötigt, doch können die GenossInnnen in Prag dieses Geld unmöglich allein aufbringen.
Am 14. März findet aus diesem Grund ein Solidartäts Konzert mit den tschechischen Bands : "X direct X" und "Ravelin seven" statt, die für Michal Patera auf Tour gehen.Danach ist Abtanz mit DJ.
Ab 18.00 Uhr gibt's Voku, Film und Vortrag.
Also findet Euch alle zu diesem musikalischen Vergnügen (hardcore und emocore) am 13.3. in der Flora ein und Spendet reichlich !!!!
Am 2. März soll im Zuge eines Gesamteuropäischen Aktionstages für Michal Patera eine Protestkundgebung vor dem tschechischen Konsulat stattfinden, 12.00 Uhr, Alsterufer 38 !

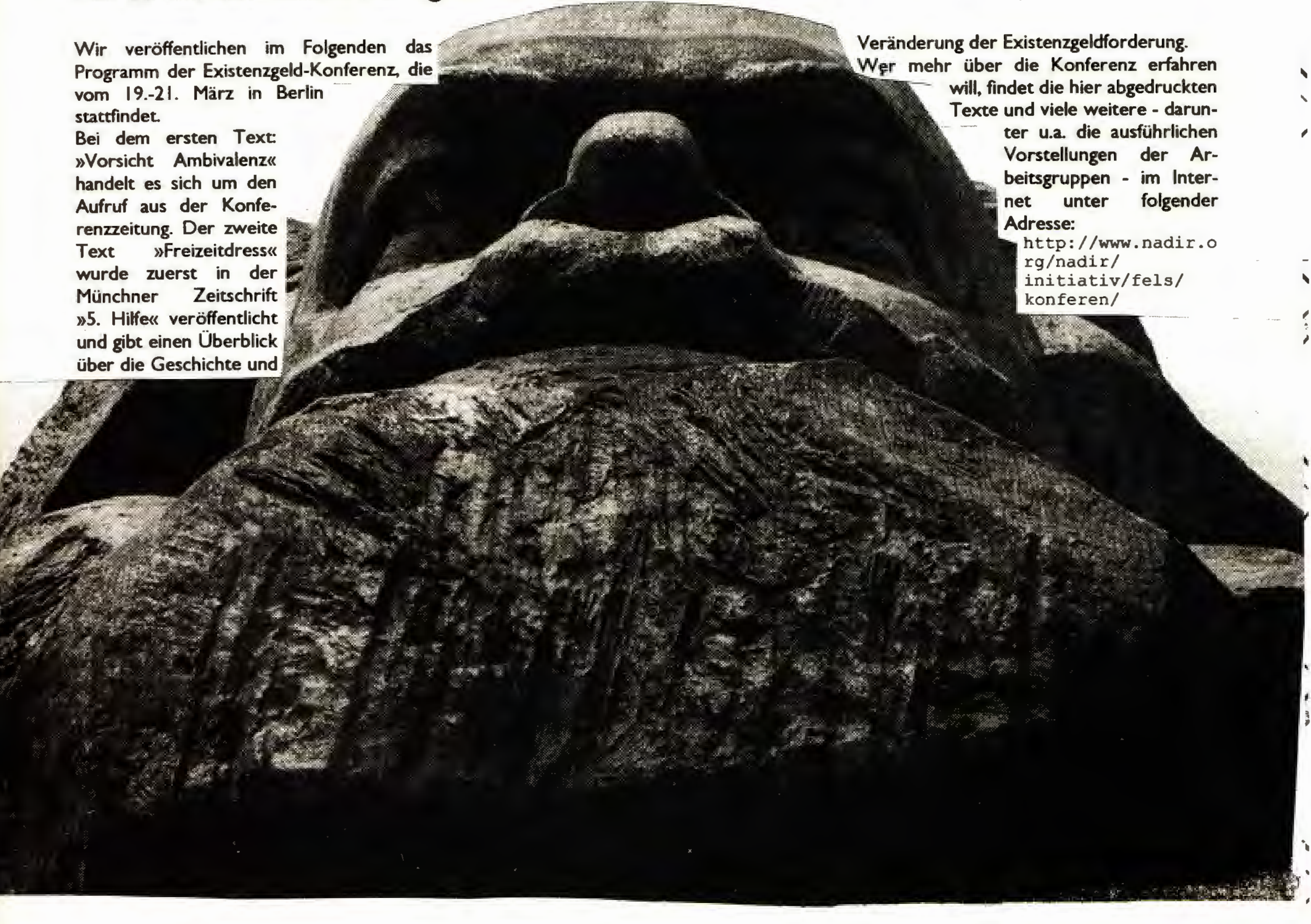
Für weitere finanzielle Unterstützung, Spenden an :
Vladimir Patera, Investicni a potovni banka, a.s., Senovane namesti 32, 11403 Praha 1, BLZ : INBA CZ PP, Kontonr: 151 440 919/5100

Konferenz

19.-21. März 1999 in Berlin

Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung
Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft

Wir veröffentlichen im Folgenden das Programm der Existenzgeld-Konferenz, die vom 19.-21. März in Berlin stattfindet.
Bei dem ersten Text: »Vorsicht Ambivalenz« handelt es sich um den Aufruf aus der Konferenzzeitung. Der zweite Text »Freizeitdress« wurde zuerst in der Münchner Zeitschrift »5. Hilfe« veröffentlicht und gibt einen Überblick über die Geschichte und Veränderung der Existenzgeldforderung.
Wer mehr über die Konferenz erfahren will, findet die hier abgedruckten Texte und viele weitere - darunter u.a. die ausführlichen Vorstellungen der Arbeitsgruppen - im Internet unter folgender Adresse:
http://www.nadir.org/nadir/initiativ/fels/konferen/



Vorsicht Ambivalenz

Politische Gebrauchsanweisung zur Existenzgeldforderung

Im Zuge neuer Verwertungsbedingungen und -anforderungen verändert sich der kapitalistische Weltmarkt. Neue Formen internationaler Ausbeutung und Konkurrenz, nationaler und internationaler Regulierung entstehen. Gleichzeitig haben sich mit den Auseinandersetzungen, Kämpfen und Reformversuchen rund um das fordistisch regulierte Zuhause, mit dem Mai '68, den neuen sozialen Bewegungen die Lebensweisen und -vorstellungen verändert. Mit »Globalisierung« oder »Postfordismus« wird versucht, einen Begriff für diese Veränderungen zu finden. Ein praktischer Zweck dieser Benennungen kann darin bestehen, die Transformationen des Kapitalismus nicht nur zu beschreiben, sondern auf der Höhe der Zeit zu kritisieren – darauf spekulierend, daß theoretische Kritik produktiver Teil einer antikapitalistischen Politik ist.
»Existenzgeld für alle!« kann dabei eine antikapitalistische Forderung sein, die auf den Abbau des sogenannten Sozialstaats reagiert, muß es aber nicht. Sie ist eine ambivalente Forderung in einer widersprüchlichen Gesellschaft. Ein antikapitalistischer Politik-Automatismus ist nicht vorhanden. Wie die Begriffe Postfordismus oder Globalisierung kann auch die Existenzgeldforderung zum Vokabular eines kapitalistischen Modernisierungsprogramms zählen. Sie liegt mitten im umkämpften Terrain.
Die verschiedenen Diskurse zum Existenzgeld, zur sozialen Grundsicherung, zum Bürgergeld oder wie die verschiedenen Modelle sonst noch so heißen, gehen fast alle von ähnlichen Beobachtungen aus: hohe Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzungen, Krise der sozialen Sicherungssysteme. Doch während z.B. die wirtschaftsliberale Seite eine neue, flexibilisierte Billigarbeitskraft schaffen will, die der Staat mit 400, 500 Mark Zuzahlung im Monat vor absoluter Verarmung schützen soll, geht es beim Existenzgeld-Arbeitstreffen im Frühjahr darum, die Forderung nach Existenzgeld in den Kontext linker Debatten zu stellen. Die politische Frage beginnt also beim Abstand zwischen Neoliberalismus bzw. sozialdemokratischer Sozialtechnologie und antikapitalistischen Praktiken.
Die bürgerlichen Grundsicherungsmodelle beziehen sich alle auf die Erosion eines bestimmten historischen Verhältnisses von Lohnarbeit und Existenzsicherung. Sie

suchen nach einer neuen Figur für das Verhältnis von Kapital-Lohnarbeit / soziale Existenz. Die Debatte dreht sich dabei um das sogenannte Normalarbeitsverhältnis, das prekären Beschäftigungen weicht; um die Wirtschaftseinheit Kleinfamilie, die allmählich von unterschiedlichen Individualisierungen oder Zusammenschlüssen ersetzt wird; um Frauen, die nicht mehr Teil einer »Ernährerehe« sind, sondern sich auf dem Arbeitsmarkt befinden; um zu starre Arbeitsschutzregelungen, die flexibilisiert werden müssen usw. Dieser bunte Argumente-Reigen, der oft unter dem soziologischen Slogan vom »Ende der Arbeitsgesellschaft« gefaßt wird, gehört zur Verabschiedung des sogenannten keynesianischen Wohlfahrtsstaats. Bei erhöhter internationaler Konkurrenz-und Verwertungsvielfalt begrenzt er zu sehr die Akkumulationsmöglichkeiten des Kapitals. Die bürgerlichen Sozialstaatsvisionen doktorn an den oben genannten Phänomenen herum und wollen dabei alle irgendwie die kapitalistische Regulierung reformieren. Ziellinie: weniger Bürokratie, Verbilligung und Flexibilisierung der Lohnarbeit, Modernisierung der Sozialversicherungen und Abwendung einer potentiell nicht sozialverträglichen Verarmung. Soziale Grundsicherung und Bürgergeld werden dabei als Lösungen verhandelt.

Grundsätzlich bleiben Arbeitszwang, patriarchale Codierung von Produktions- und Reproduktionsarbeiten, von Gegenstands- und Gefühlsarbeiten, bleiben rassistische Ausschlüsse von Flüchtlingen und die Selbstverständlichkeit arbeitsintensiver Billigarbeit, die vielfach MigrantInnen vorbehalten ist, bestehen.

Die Existenzgeldforderung wird von Arbeitslosen-, JobberInnen-Inis und linken Gruppen meist mit »1 500 Mark für alle plus Miete!« veranschlagt (ist das zu wenig?). Mit ihr wird versucht, kapitalistische Modernisierung von innen anzugreifen, indem sie mit verschiedenen existierenden politischen Praktiken verbunden wird – die Tatsache voraussetzend, daß es kein Außen gibt, kein Außerhalb-Sein von kapitalistischen Suchbewegungen nach neuen Regulationsformen. Es geht also darum, politische Verbindungen zu konstruieren und sich wechselseitig überformende Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen und zu verändern. Dabei können – wenn alles gut läuft – verschiedene Praktiken wie feministische Politik, JobberInnen-Inis, Antirassismus-Arbeit usw. aneinander anknüpfen und sich gegenseitig verstärken.

Die Existenzgeldforderung hat einen gewundenen Frontverlauf, an den politische Forderungen anschließen können. Durchs Fernglas betrachtet, wird ungefähr folgendes sichtbar: keine Billigarbeit (wer 1 500 plus Miete bekommt, geht nicht putzen); kein Lohnarbeitszwang, dafür Lohnarbeitszeitverkürzung; kein Sinnterrorismus des Berufs; kein Leistungsfetischismus; keine Arbeitsteilung entlang von Fabrik / Firma / Freelancing auf der einen und Zuhause / Soziales auf der anderen Seite; kein Ausschluß bzw. keine Deklassierung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen oder – wenn auch anders gelagert und tradiert – von (Haus)Frauen oder Frauen mit sog. Nebenjobs beim Bezug von Sozialleistungen; Ende einer langen Tradition kapitalistischer Armenfürsorge, deren moderne Gestalt die heutige Sozialhilfe mit all ihren individualisierenden Disziplinierungen und Kontrollen darstellt. Diese Anschlüsse sind weder automatisch noch utopisch, sondern Linien einer politischen Auseinandersetzung, die darauf setzen will, daß es keine Revolution gibt, sondern nur ein Revolutionär-Werden, also die Ausweitung und Intensivierung des Politischen an vielen Orten gleichzeitig. Deshalb ist der Sonntag, zweiter Tag des März-Treffens, für eine Debatte reserviert, ob und, wenn ja, wie Leute die Existenzgeldforderung politisch-praktisch stellen wollen.

In diesem Sinne zielt sie nicht auf einen Gesetzesantrag, der in der laufenden oder übernächsten Legislaturperiode realisiert werden soll, sondern auf die Einlösung des Versprechens nach einem »guten Leben für alle« (aber was ist ein gutes, ein glückliches Leben?). Die Existenzgeldforderung tritt in der Gestalt einer Geldforderung auf und von da aus stellt sich die politische Frage, mit welchen Politiken die genannte vierstellige Summe aufgeladen werden soll, wie diese Transformation von Geld in Leben gelingen, wie das Integrations-, Selektions- und Verwertungsmonster Kapitalismus angegriffen werden soll.

Deshalb gibt es die Kritik, daß bei der Abgrenzung von den bürgerlichen Grundsicherungs- bzw. Bürgergeldmodellen der Bezug auf die Geschichte der Existenzgeldforderung nicht ausreiche. Als Anfang der 80er Jahre die Arbeitsloseninitiativen ein Existenzgeld für alle forderten, standen zwar die ausbeuterischen Lohnarbeitsverhältnisse im Mittelpunkt der Kritik, aber auch damals gab es einen blinden Fleck rund um die Funktion eines umverteilenden Staat. Das, was Sozialstaat ist, und wie mit seinen Zuwendungen und Restriktionen umzugehen sei, blieb unklar. Damals wurde die politische Perspektive von Staatskritik auf Aneignungspolitiken umgestellt. Damit wurden nicht mehr die staatlichen Institutionen, sondern die Aneignungssubjekte angerufen, die in den 70er Jahren vor allem in Italien und Frankreich gezeigt hatten, wie sich auch mit Strom-, Telefon- und Mietforderung umgehen läßt – »autoriduzione«, selbständig reduzieren. Marxistische Kritiken weisen meist auf die Lücke

Programm der Konferenz vom 19.-21. März 1999

Räumlichkeiten

Die Humboldt-Universität ist uns sicher. Wir können vom 19.-21.3.99 das Audimax, sechs große Seminarräume und den "Krähenfuß" (zum Kaffetrinken) benutzen.

Ablauf der Konferenz

Freitag, 19. März

ab 19.00 Podiumsdiskussion

Zugesagt haben: Marco Revelli (Italien), Laurent Guilloteau (Vertreter von AC, Frankreich)

Angefragt sind: Susanne Schulz (Mitherausgeberin von Gender-Killer), Michael Wittig (ALSO, Oldenburg), Angela Klein (Bündnis Euromärsche)

So wie das Podium im Augenblick ausschaut, ist das ursprüngliche Promi-Konzept vom Tisch und ein neuer Schwerpunkt auf Basisbewegungen gelegt. Wenn mit diesem Richtungswechsel um 180 Grad von Euch jemand Bauchschmerzen bekommt, müßt Ihr entschlossen Vetos einlegen.

Samstag, 20. März

09.30 - 12.30 AGs
12.30 - 15.00 Mittagspause
15.00 - 19.00 AGs
ab irgendwann: Party

Arbeitsgruppen:

Die Vorstellungen der einzelnen AGs sind im Internet unter deroben angegebenen Adresse zu finden.

- AG Prekarisierung
- AG Sozialstaatskritik
- AG Fit for Fun (ehemals Feministische Globalisierungskritik)
- AG Grundsicherung
- AG Sozialer Widerstand
- AG Tendenzen kapitalistischer Entwicklung
- Die anvisierte AG Migration kommt wegen Arbeitsüberlastung von FFM nicht zustande.

Eventuell weitere AGs:

- Nadir zu Prekarisierung und Telearbeit/ Kommunikationsektor
- Autonome ErwerbslosenGruppe iA

Sonntag 21. März

Neu zusammengesetzte Foren tagen unter einer einheitlichen Fragestellung bzw. unter einem vereinheitlichten Focus. Zentral soll hierbei die strategische Orientierung bzgl. Der zentralen Forderungen sein. Ein Entwurf der Fragestellungen wird zur Zeit erarbeitet

zwischen dem hin, was angeeignet werden soll, nämlich gesellschaftlichem Reichtum, und der Art und Weise, wie dieser Reichtum dar- und hergestellt wird, nämlich als Geld und durch eine bestimmte Anordnung von Kapital-Lohnarbeit-privatsozialer Existenz, die ja eigentlich verändert werden soll. Im Kontext der momentan abflauenden sozialen Bewegungen und politischen Praktiken stellt sich die Frage nach dieser Lücke in aller Deutlichkeit. Wobei die Lücke niemals im Singular auftaucht. Es handelt sich um Lücken, die – was die marxistische Kritik schon mal übersieht – nicht allein von werttheoretischer oder ökonomischer Art sind. Kein patriarchales Machtverhältnis, keine einzige rassistische Struktur, kein Wunsch nach Unterdrückung oder Haß auf Anderes wird durch die staatliche Zahlung von 1 500 Mark angerührt. Es wird auf die politischen Anschlüsse und Verbindungen ankommen, die Begegnungen von verschiedenen Praktiken und ihre Ausweitung, in denen – nur zum Beispiel – linksradikale TheoretikerInnen und aneignungsbewegte EinklauerInnen ihre jeweilige relatie Isolation verlassen würden.

Anknüpfungspunkte lassen sich jeder linken Zeitung entnehmen. Das Verhältnis von Lohnarbeit und Existenzsicherung taucht in vielen Facetten auf, ob es nun die Pflicht- und Zwangsarbeitsdiskussion der Erwerbslosen- und Sozialhilfe-Initiativen ist, der Kampf gegen rassistische Migrations- und Arbeitspolitik, die feministische Kritik an immer neuen Trennungen zwischen Produktions- und Reproduktionsarbeit, zwischen staatlicher Arbeits- und Armenpolitik, die Kritik an der geschlechtlichen Codierung von personennahen und Low-Budget-Services oder die Diskussion um die allmähliche Annäherung von Lohnarbeit und Freizeit zwischen Verwertungsterror und kapitalismusimmanentem Mini-Glück (nicht Aufstehen, kein Streß, Projekte machen).

Im Rahmen der Arbeitskonferenz tauchen diese Fragen in unterschiedlichen AGs auf. Wie sie diskutiert und beantwortet werden, liegt an den TeilnehmerInnen.

Freizeitdress

Die Entkopplung von Arbeitszeit und Einkommen

Die Forderung nach einem arbeitsmarktunabhängigen Existenzgeld ist wie die Klingel im Pawlowschen Versuch: Während sich der "gesunde Menschenverstand" darüber erregt, daß "die Faulen dann genauso viel verdienen wie die, die arbeiten gehen", verwirft der durchschnittliche Linksradikale die Forderung als reformistische Systemkosmetik. Worin sich beides trifft, ist das Verlangen nach Eindeutigkeit: Die einen verteidigen deutsche Arbeitsethik, nach der nur anständig bleibt, wer malocht, die anderen ein politisches Reinheitsgebot, nach dem die radikale Kritik der Verhältnisse über allem anderen steht.

Keine Arbeit, gute Laune

Dabei lassen sich manche Mißverständnisse leicht aus dem Weg räumen, wenn man die Geschichte der Existenzgeld-Forderung nachzeichnet.

Wie Michael Bättig von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) aufzeigt, wurde die Forderung auf dem Bundeskongreß der Erwerbsloseninitiativen 1982 keineswegs in sozialreformerischer Absicht entwickelt. Sie entstand in Abgrenzung zu den gewerkschaftlichen Konzepten der "Arbeit für alle", weil "Arbeit unter den herrschenden Bedingungen bedeutet, überflüssigen Unsinn zu produzieren und sowohl die innere wie die äußere Natur des Menschen zu zerstören. Dagegen wurde ein Existenzrecht unabhängig von Lohnarbeit eingeklagt: 'Dem Leben für das Kapital setzen wir das Leben für uns, der Destruktion durch das Kapital die Sabotage, der Arbeit die Identität der Nicht-Arbeit entgegen.'"[1]

So verstanden die Erwerbsloseninitiativen die Existenzgeldforderung als Angriff auf die Armutskontrolle im keynesianischen Wohlfahrtsstaat. Anders als die Sozialhilfe sollte das Existenzgeld nicht von der Bürokratie zugeteilt werden und nicht mit dem Zwang, zu arbeiten bzw. sich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stellen, gekoppelt sein. Außerdem propagierten die Initiativen direkte Aktionen wie "Selbstbedienung in Supermärkten oder am Arbeitsplatz, Nulltarifaktionen..., eigenständige Mietkürzungen und Stromklau" und zielten strategisch auf "die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen und mehr Gleichwertigkeit zwischen Lohn- und Haus-, bzw. Reproduktionsarbeit"[2] ab. Es ging also um "eine praktische Aneignungsbewegung" von unten und somit letztlich um "bessere Voraussetzungen für eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaft" (Bättig).

Damit gehörte die Forderung Anfang der 80er Jahre zu den radikaleren Positionen in der Linken. Während DKP und K-Gruppen Vollbeschäftigung forderten und einen protestantisch-staatssozialistischen Arbeitsbegriff verteidigten, in dem Produktions- und Lohnarbeit als das Maß der Dinge galten, hinterfragten die operaistisch[3] beeinflußten JobberInnen und Erwerbslosen die bedingungslose Unterwerfung unter das Kapital. Das war nicht nur klug, weil es mit einem Leistungsethos brach, das historisch eng mit bürgerlicher, kapitalistischer und patriarchaler Herrschaft verwoben ist, sondern auch, weil es eine unmittelbare Perspektive radikaler Umwälzung aufzeigte. Dahinter stand die von der Linken in den 60ern und 70ern gewonnene Erkenntnis, daß Unterdrückung nicht nur vom Staat und den existierenden Eigentumsverhältnissen, sondern auch von Arbeits- und Lebensorganisationen ausgeht, in denen sich gesellschaftliche Machtverhältnisse verfestigen und reproduzieren. Schließlich unterschied dies die Neue Linke wesentlich von den StaatssozialistInnen. Sie begriff, daß fordistische Fabrikarbeit auch unter sozialistischen Eigentumsverhältnissen entfremdet bleibt. Antikapitalistischer Kampf durfte deshalb nicht auf revolutionäre Machtübernahme und etatistische Vergesellschaftungsmodelle beschränkt werden. Er drückt sich vor allem in der Aneignung des eigenen Lebens noch unter bestehenden Verhältnissen aus. Genau in diesem Prozeß der Rückeroberung formt sich eine Gesellschaft, die über den Kapitalismus hinausweist.

Keine Arbeit, schlechte Laune

Ende der 80er/ Anfang der 90er Jahre verwandelte sich der Kontext der Existenzgeld-Forderung.

Das Gerede von irgendwelchen Jobwundern im Dienstleistungssektor konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Entwicklung der Arbeitslosenrate nichts mehr mit Konjunkturlagen zu tun hat. Die Erwerbsloseninitiative "Glückliche Arbeitslose" beschreibt den existierenden Zustand in ihrem Manifest ganz richtig: "Läuft der Betrieb schlecht, dann wird entlassen, läuft er gut, dann wird in Automatisation investiert und auch entlassen."[4] Das heißt, das keynesianische Vollbeschäftigungsversprechen wird nicht wieder eingelöst werden, die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren weltweit weiter zunehmen. Zudem gerät das existierende Modell von Armutsverwaltung und Sozialbürokratie auch ideologisch unter Druck. Der neoliberale Diskurs vom "schlanken Staat" verlangt den größtmöglichen Abbau von Arbeitsplätzen in Verwaltung und öffentlichem Dienst - von der Polizei einmal abgesehen.

So drängt sich den politischen Eliten in doppelter Weise ein Umbau des Sozialstaats auf: Ein Sozialsystem kann nicht mehr von Vollbeschäftigung ausgehen, und die aufwendige Wohlfahrtsbürokratie muß durch ein effizienteres Modell abgelöst werden. Auf diese Weise haben sich selbst Marktliberale dem Grundsicherungsmodell genähert, allerdings - wie nicht anders zu erwarten war - unter ganz anderem Vorzeichen. Die FDP schlägt ein Bürgergeld vor, das einer negativen Einkommenssteuer entsprechen würde und vor allem die Funktion besitzen soll, Niedriglöhne zu subventionieren[5]: Wenn das Einkommen

durch Arbeit nicht mehr reicht, zahlt der Staat das, was das Kapital nicht aufbringen will - eine lustige Variante des Liberalismus. Währenddessen begreifen die SozialreformerInnen bei Grünen und PDS die Existenzgeldforderung vor allem als sozialtechnologisches Problem. Die Grünen wollen 800 DM monatlich einführen, die PDS spricht von 50% des Durchschnittseinkommens, also von ca. 1.400 DM, aber bei beiden geht die Debatte nur um Höhe und Finanzierbarkeit der Zahlungen. Das ist ganz sicher kein Zufall, schließlich besteht die wesentliche Aufgabe des Parlamentarismus darin, bürgerliche Herrschaft und Besitzverhältnisse zu stabilisieren[6]. Wer sich auf diese Spielregeln einläßt, darf sich nicht wundern, wenn emanzipatorische Vorstellungen verloren gehen. Die Grundsicherungsdebatte der Parteien verbreitet Nebelschwaden, die den Blick auf die Essenz der Existenzgeldforderung verstellen.
Aber auch bei den Erwerbsloseninitiativen hat sich die Existenzgeldforderung nach 82 verändert. Bättig erklärt, daß sich die Arbeitsloseninitiative Oldenburg, die diese Debatte intensiv geführt hat, schon bald von der Vorstellung von "Arbeitslosigkeit als Chance" verabschiedet habe. "Arbeit, gerade unter kapitalistischen Verhältnissen, ist nicht nur Mehrwertproduktion und Ausbeutung, sie stellt ebenso die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform dar", schreibt die ALSO schon 1985.[7] Arbeitslosigkeit wird als Ausschluß aus der Gesellschaft und den "Zentren der sozialökonomischen Macht" (Bättig) verstanden. Zuletzt bleibe doch wieder nur eine unsichere Perspektive als JobberIn und prekär Beschäftigte/r.

Selbst gemachte Schuhe

Der "Kampf gegen die Arbeit" ist spätestens Ende der 80er an eine Grenze geraten. Sicherlich ist richtig, daß Arbeitszentrierung und Leistungsethos Phänomene der bürgerlichen Gesellschaft sind, die es aufzuheben gilt. Und auch den "Glücklichen Arbeitslosen" läßt sich kaum widersprechen, die mit ihrem u.a. in der taz nachgedruckten Manifest in den letzten Monaten einiges Aufsehen erregt haben, und die davon ausgehen, daß das grundlegende Problem der prekär Beschäftigten und Erwerbslosen nicht in der Arbeits-, sondern in der Geldlosigkeit bestehe. Die Frage ist nur, ob der "Kampf gegen die Arbeit" - wie er in den 80ern entworfen wurde - eine politische Perspektive aufzeigen kann. Im Manifest der "Glücklichen Arbeitslosen" wird deutlich, welche Probleme diese Strategie birgt: Die Ausgrenzung aus der Arbeitswelt wird positiv gewendet und vorkapitalistische Formen moralischer Ökonomie werden als Ausweg präsentiert. Das führt in dem Manifest zu der absurden These, die Überlebenswirtschaft afrikanischer Sippen könne als positives Beispiel dienen, um dem kapitalistischen Arbeits- und Erwerbsterror zu entkommen: "Es ist unmöglich, in Afrika zu leben, ohne einer Gruppe, einer Sippe, einem Freundeskreis anzugehören. Innerhalb jedes dieser Netze wird das Geld durch ein genau festgesetztes System von Geschenken, Spenden, Anlagen, Darlehen und Rückzahlungen in eine permanente Zirkulation gesetzt. Da die Möglichkeiten, eine größere Summe zu erhalten, in der Familie angehäuft sind, kann sie jederzeit über eine Geldmenge verfügen, die ohne Vergleich mit ihren kargen Ressourcen ist. Zudem ist dieser Geldverkehr nur ein Teil jener "Ökonomie der Gegenseitigkeit", neben dem Austausch von Reparatur-, Pflege- und Installationsleistungen, selbstangefertigten Schuhen und Klamotten, kollektiv gekochtem Essen, Metall-Verarbeitung, Tischlerei, Erziehung und Gesundheitswesen, die Feten nicht zu vergessen, die die Gruppen zusammenhalten."[8]
Die "Glücklichen Arbeitslosen" sagen nicht so richtig, was sie mit diesem Verweis meinen; sie sprechen von einem sich öffnenden "experimentellen Feld, das wir die Suche nach unklären Ressourcen nennen". Aber die Richtung ist klar: Der Kapitalismus soll überwunden werden, in dem man ihn einfach verläßt. Das alte Übel linksalternativer und autonomer Nischenpolitik kehrt in neuem Gewand zurück. Andreas Benl hat in der jungle world (Februar 98) für diese Strategie die schönen Worte "arm, aber glücklich" gefunden.
In Wirklichkeit ist die Flucht in alternative Subsistenzbereiche das genaue Gegenteil



einer antikapitalistischen Strategie. Sie führt zur Selbstausbeutung in prekären Arbeitsverhältnissen und ist völlig kompatibel mit der kapitalistischen Tendenz, immer mehr Menschen aus dem Verwertungsprozeß auszuschließen. Die von den Erwerbsloseninis der 80er entworfene Aneignungsbewegung - den Reichtum im Kapitalismus direkt und kollektiv zu vergesellschaften - wird damit ad absurdum geführt. Aber nicht nur die offene Flanke zum Subsistenz-Diskurs, auch ein rein taktisches Argument spricht gegen die Parole "Kampf der Arbeit". Diese entstand zwar in Abgrenzung zum damals noch halboffiziellen Vollbeschäftigungsdiskurs der Gewerkschaften, beinhaltete aber die Tendenz, zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten zu polarisieren. Was als Widerstand gegen Gewerkschaftsapparate richtig ist, kann andererseits zu einer völlig unproduktiven Auseinandersetzung mit dem "senso comune" in der Bevölkerung führen. Für viele MalocherInnen stellt nämlich Lohnarbeit - wenn sie nicht völlig verblödet ist - etwas durchaus Positives dar: soziale Kontakte, Weiterbildung, Anerkennung - eben "die einzig allgemein akzeptierte Vergesellschaftungsform". Es ist relativ elitär, diese Einstellung von vornherein als "entfremdetes Bewußtsein" zu verurteilen.
Letztlich muß ein erfolgversprechender, sozialrevolutionärer Ansatz darum bemüht sein, das Recht auf Arbeit mit dem Recht auf Faulheit zu versöhnen. Alle diese Wünsche, die nach sinnvoller Tätigkeit - und zwar nicht erst in ferner Zukunft - , arbeitsmarktunabhängigem Einkommen und dem Recht auf Faulheit, sind unmittelbare Bedürfnisse, die der kapitalistischen Gesellschaft notwendig entspringen und sie gleichzeitig zu sprengen drohen.
Das Kapital ist nicht nur der Faulheit, sondern auch der Arbeit gegenüber ein höchst widersprüchliches Verhältnis: Kapital entsteht durch Arbeit und tendiert gleichzeitig dazu, sie abzuschaffen. Es eignet sich die menschliche Kreativität an und negiert sie genau dadurch permanent. Es kapitalisiert die "Freizeit" in einer gewaltigen Wachstumsbranche, läßt aber Faulheit als unerträgliches Laster erscheinen.
Für die ALSO folgte daraus, die ursprünglich konträr diskutierten Bedürfnisse nach Arbeit und Faulheit in eine gemeinsame Debatte einzubringen. Bättig bezeichnet dies als Diskussion um einen Gesellschaftsvertrag "von unten". Mit diesem Begriff, "Gesellschafts-" bzw. "Geschlechtervertrag", bezeichnen gramscianisch beeinflußte TheoretikerInnen wie Frigga Haugg eine gesellschaftliche Debatte, mit der Lebens- und Arbeitsverhältnisse jenseits des Kapitalismus thematisiert werden können. Ziel ist nicht eine mit Staat und Kapital neu auszuhandelnde Herrschaftsregulation, sondern eine Verständigung der Subalternen über kollektive Kampfziele.
In den 1992 von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen formulierten "13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten" werden vier Punkte für eine solche Debatte vorgegeben:
"1) eine existentielle Absicherung für alle durch ein Einkommen, das dem gesellschaftlichen Reichtum angemessen ist,

unabhängig von Nationalität, Geschlecht und Familienstand und ohne Zwang zur Arbeit; 2) eine radikale Arbeitszeitverkürzung, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können; 3) eine gerechte Umverteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Menschen und 4) die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung."

Zwei Stück Kuchen

Als Hauptargument gegen die Existenzgeldforderung wird fast immer der Reformismusvorwurf aus dem Sack geholt. Es wird - nicht zu Unrecht - eingewendet, daß sich Forderungen, selbst wenn sie gesellschaftliche Debatten von unten in Gang bringen sollen, letztlich immer an den Staat richten und in sozialreformerischen Diskussionen aufgehen. Oder wie es das Freiburger "bündnis gegen arbeit" formuliert: "Die Grundsicherungsforderung, die von autonomen Gruppen wie felS auch in den 90ern erhoben wird, wird sich daraufhin prüfen lassen müssen, ob sie nicht frei nach dem Faustschen Prinzip zwar das Gute will, aber das Schlechte schafft, also der liberalen Bürgergeldvariante ungewollt das Wort redet."[9] Und etwas fetziger dann im gleichen Heft: "Wenn Arbeitsfetisch und Etatismus erst einmal kritisiert, sowie die Leier von der 'Vermittlung linker Politik' und der 'Radikalisierung' affirmativer Bewegungen als Heimatsehnsucht durchschaut sind, die immer nur nationalen Opportunismus hervorbringen, dann können wir endlich über das Selbstverständliche sprechen. Reden wir über das, was von den Linken allseits kollektiv beschwiegen wird. Reden wir über Kommunismus... Reden wir nicht nur über die Abschaffung der Lohnarbeit, sondern über die Abschaffung der Arbeit überhaupt. Über die soziale Liquidation des Geldes... Über die Abschaffung des Staates und über die Liquidation des Kapitals..."

Spätestens hier wird die Reformismuskritik ebenso großkotzig wie banal. Gesellschaftliche Kritik, die sich darauf beschränkt, daß diesseits der Revolution menschliche Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, bleibt steril, setzt gesellschaftlich nichts in Bewegung und besitzt eine seltsame Nähe zu religiösen Heilserwartungen.

Das Problem sozialistischer Politik besteht gerade darin, daß wir heute nicht mehr sagen können, wie eine reale Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Liquidation des Staates aussehen könnten[10]. Wir wissen, daß das Leninsche Revolutionskonzept, in dem politischer Umsturz und Verstaatlichung der Produktionsmittel den strategischen Kern ausmachen, nicht ausreichend war. Die italienische Linkskommunistin Rossana Rossanda hat diese klassischen Elemente schon Anfang der 70er Jahre als "notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen" für eine sozialistische Umwälzung bezeichnet. Zwar kann es keinen umfassenden Bewußtseinsprozeß in einer Welt mit kapitalistischen Besitzverhältnissen geben, aber ohne Zertrümmerung der psychischen und kulturellen Herrschaftsformen bleibt auch die Vergesellschaftung der Ökonomie ein rein formaler Prozeß.

So gesehen taugt die Forderung nach "the whole fuckin' bakery" nur als einfache Provokation. Letztlich geht es nämlich doch immer wieder um die Beschreibung konkreter Veränderungen: Wie können gesellschaftlich notwendige Arbeit und Güter gerecht verteilt werden, wie können Meinungsbildungsprozesse aussehen, wie läßt sich das Existenzrecht aller Menschen umsetzen? Die Antwort "durch den Kommunismus" ist da nicht mehr als eine Wortblase, die platzt, sobald man sie genauer untersucht. Was Kommunismus sein könnte, läßt sich nur in Kämpfen entwickeln, die den heutigen Widersprüchen entspringen und deshalb auch in den von den existierenden Verhältnissen bestimmten Formen auftreten müssen.

Das bedeutet, daß sich Gesellschaftsalternativen anhand unmittelbarer, d.h. ambivalenter Forderungen entfalten müssen. Seltsamerweise haben gerade Bewegungen, die wie die mexikanischen Ind'gena-Gemeinden oder die französischen Sans Papiers und Sans Travail selbstverständliche Rechte einfordern, soziale Sprengkraft entwickelt. Sie verlangen, daß der Kapitalismus das, was er für sein Entstehen und seine Entwicklung braucht, auch einlöst: Demokratie, Selbstbestimmung, Gleichheit, Gesellschaftlichkeit.

Das Problem des Kapitalismus besteht gerade darin, daß er die Bedürfnisse blockiert, die er ermöglicht: Er produziert Wohlstand, den er nicht vernünftig verteilen kann. Er vergesellschaftet in noch nie dagewesener Weise die Subjekte, trennt sie aber über den Markt voneinander. Er proklamiert Bürgerrechte, schließt aber die Mehrheit der Weltbevölkerung davon aus. Er redet vom Universalismus, ethnisiert und "genderisiert" aber in noch nie dagewesenem Maße.

Wenn soziale Bewegungen nicht darüber hinausgekommen sind, den Kapitalismus auf höherem Niveau zu stabilisieren, hat das nicht vorrangig damit zu tun gehabt, daß ihre Forderungen zu reformistisch waren. Die sozialstaatlichen Reformen in den Industriestaaten hatten gleichermaßen mit der gemäßigten Arbeiterbewegung wie mit der Existenz revolutionärer Gruppen zu tun. Auch eine völlig antagonistisch auftretende Kraft kann objektiv gesehen eine Gesellschaft modernisieren: Jede Bewegung, die nicht gewinnt, transformiert den Kapitalismus.[11]

Die entscheidende Frage bei der Existenzgeldforderung lautet also nicht, ob sie reformistisch ist oder nicht, sondern ob sie bewußt unvermittelt vorgetragen wird. Die Sans-Papiers haben bei ihrer Kirchenbesetzung 1996 jede Vermittlung durch die ewigen Feuerwehrleute von SOS-Rassismus etc. abgelehnt. Genau dadurch und nicht durch irgendeinen revolutionären Gestus blieben sie unintegrierbar und politisch beweglich.

Für die Existenzgeldforderung müßte gelten, daß sie Ausgangspunkt und Teil einer Aneignungsbewegung wird: Alle haben Anspruch auf Anteilnahme am gesellschaftlichen Reichtum. Der Kampf um gesetzliches Einkommen steht dem Bedürfnis auf sinnvolle Tätigkeit nicht entgegen. Zwar gibt es nichts Schwachsinnigeres als die Debattenbeiträge der alternativ-liberalen KommunitaristInnen (z.B. Hannes Koch in der taz vom 5.5.98), die um jeden Preis Arbeit in der Gemeinschaft herbeizaubern wollen und sich eine Welt aus kooperativen Nachbarschaften mitten im Kapitalismus vorstellen. Aber andererseits ist das Bedürfnis nach der "einzig allgemein akzeptierten Vergesellschaftungsform" Arbeit auch nicht nur der Doofheit der Massen geschuldet. Der Kampf um Existenzgeld könnte aus diesem Grund zu einer Klammer für die zersprengten Teile des modernen Proletariats werden, in dem gemeinsame Interessen entdeckt und verfolgt werden: ImmigrantInnen, prekär Beschäftigte, Erwerbslose, Frauen, die seit jeher unbezahlte Hausarbeit leisten müssen, aber auch fest beschäftigte ArbeiterInnen, die zunehmend unter Lohndruck geraten. In diesem Sinne: Gegen falsche Bescheidenheit und für bessere Zeiten.

Raul Zelik

Anmerkungen

1 Michael Bättig: Existenzgeld für alle!; in: ak 411, Februar 1998
2 ebenda
3 Der Operaismus entstand als radikale Marx-Interpretation Mitte der 60er Jahre vor allem in Italien. Er ging davon aus, daß der Klassenwiderstand, und nicht wie im sowjetischen Marxismus die Entwicklung die Produktivkräfte, der entscheidende Motor der Geschichte sei. Technologische Neuerungen wie die Einführung des Fließbandes wurden als Antworten des Kapitals auf die Widerständigkeit der Arbeit (in Form von Arbeitsverweigerung, Abstinenz usw.) verstanden. Als Massenbewegung brachte die neue italienische und z.T. auch französische und iberische Arbeiterautonomie eine Rückkehr zur direkten, von Gewerkschaften unvermittelten Aktion hervor: wilde Streiks, Umzüge in der Fabrik, Besetzungen etc. Die wichtigste deutschsprachige Publikation, die sich am Operaismus orientiert, war und ist die Wildcat.
4 in: Wildcat-Zirkular 39, September 1997
5 "Durch den Wegfall von Niedriglohntätigkeiten... sind Menschen, die weniger qualifiziert sind, aber durchaus einfache Tätigkeiten verrichten könnten, arbeitslos und leben von Lohnersatzleistungen bzw. Sozialhilfe. Solche Tätigkeiten müssen auf dem Arbeitsmarkt bezahlbar werden. Für Arbeitsverhältnisse mit geringer Produktivität, bei denen der Lohn nicht zu einem ausreichenden Einkommen der Arbeitnehmer und ihrer Familien reicht, sollen verbesserte Mischformen zwischen Arbeitsentgelt und staatlichen Transferleistungen ("Kombi-Einkommen", "Negativsteuer") zum Einsatz kommen." (aus dem Entwurf des FDP-Wahlkampfprogramms 1998)
6 Erhellend sind in diesem Zusammenhang die Texte von Johannes Agnoli, z.B.: Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik, Freiburg 1995
7 Michael Bättig: ebenda
8 Wilcat-Zirkular 39, September 1997
9 in: terror der ökonomie - elend der politik, Freiburg 1998
10 vgl. Realsozialismus-Schwerpunkte der Arranca Nr.6,7 und 10
11 Wer zu dem Verhältnis von radikalem Widerstand und gesellschaftlicher Transformation mehr lesen will, dem/der seien die von der TheKla übersetzten Schriften von Mario Tronti, einem Theoretiker der italienischen "Arbeiterautonomie" empfohlen.

DOKUMENTATION

»Es ist der Rassist, der die Minderwertigen schafft« (Fanon)

Heute haben wir vor dem Haus des Hamburger Innensenators Wrocklage, Arndtstraße 5 in Hamburg Uhlenhorst, mehrere Brandsätze unter seiner ihm zum Privatgebrauch überlassenen BMW-Dienstwagenlimousine deponiert. Unsere Aktion knüpft an die antirassistischen Interventionen im Hamburger Schanzenviertel gegen rassistische Hetze, Vertreibungspolitik und Platzverweise an und bezieht sich auf sie.
So wurde in den letzten Jahren, wenn auch viel zu selten und zaghaft, das repressive Vorgehen des Hamburger Senats gegen KonsumentInnen illegalisierter Drogen und die Razzien gegen/Festnahmen von Schwarzafrikanern in der Schanze öffentlich verurteilt und angegriffen. Im Herbst 97 fand eine Demonstration für die Rechte afrikanischer Flüchtlinge in Deutschland statt, Aktionstage gegen die unerträgliche Situation wurden organisiert, sowie der „Revier - vor- Ort"-Bus der Polizei am Schanzenbahnhof zerstört. Die Rote Flora positionierte sich mehrfach in Pressekonferenzen, einer längeren Erklärung und der Errichtung eines provisorischen Druckraumes hinter dem Gebäude gegen die Kontrollen. Im Frühjahr 98 sind Polizeifahrzeuge wiederholt im Schulterblatt angegriffem worden, im November kam es zu einer Attacke gegen Polizeikräfte in der Schanzenstraße. Immer wieder haben Leute Fußstreifen angepöbelt und in Polizeikontrollen angegriffen.
Wir denken, daß nach wie vor die Auseinandersetzung zentral im Stadtteil selbst geführt werden muß, für ein solidarisches Verhalten gegen Ausgrenzung und Sicherheitswahn, gegen ein dumpfes Akzeptieren oder gar Gutheißen polizeilichen Terrors. Mit unserem Vorgehen gegen einen der politischen Hauptverantwortlichen wollen wir das Repertoire der bisherigen Handlungsmöglichkeiten sowie den Aktionsradius erweitern.
Wrocklage steht nunmehr seit über vier Jahren für die Innenpolitik der Hansestadt Hamburg, erst als Innensenator einer Koalition von SPD und Stattpartei, seit Herbst 97 für ROT/GRÜN. Zwar wird er oft als zu lasch und nicht entschlussfreudig genug kritisiert, viele Eckpunkte einer Verschärfung innenpolitischer Grundsätze gehen jedoch auf ihn zurück.
Eine ganze Reihe von Schweinereien markiert seinen Weg::
- das berüchtigte *„Hamburger Bettlerpapier"*, welches zwar als Testballon in seiner originären Fassung vom Tisch ist, aber dessen inhaltliche Linien in den verschiedensten Behörden nach wie vor verfolgt werden.
Nicht umsonst ist das vom grünen Stadtentwicklungssenator Maier forcierte „Koordinierte Handlungskonzept am Hauptbahnhof" grünes Bettlerpapier genannt worden, an Innenstadtverordnungen wird weiterhin gearbeitet.
- Im Frühjahr 97 der sogenannte *Kindervisumskandal*, als über Wochen lange Schlangen vor der Ausländerbehörde provoziert wurden, tausende MigrantInnen gezwungen waren sich schon nachts anzustellen, um nochmals „Das Boot ist voll" zu inszenieren.
- *Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes*
- unter großem Medienrummel veranstaltete *Polizeieinsätze gegen Flüchtlingsunterkünfte* z.B. in Neumühlen und Rahlstedt im Kampf gegen vermeintliche „Hochburgen des Verbrechens"
- *Abschiebeterror über den Containerknast Glasmoor* und den Flughafen Fuhlsbüttel.
...um nur einige zu nennen.

Schließlich ist Wrocklage Auftraggeber des *„Handlungskonzeptes für die Polizei in St. Georg"*, welches einen Ausnahmezustand für Junks, als Drogendealer stigmatisierte MigrantInnen und Obdachlose in der Nähe der Visitenkarte Hauptbahnhof etabliert hat. Tausende von Platzverweisen, Ingewahrsamnahmen und Verhaftungen führten schlußendlich zu einer Verlagerung der „Szene" zum S-Bahnhof Sternschanze und in die Straßenzüge rund um die Rote Flora. Der polizeiliche Maßnahmenkatalog des oben genannten Konzeptes wurde dann, wenn auch anfangs vorsichtig, auf das Schanzenviertel übertragen. Dabei ist darauf geachtet worden, ein weiteres wichtiges innenpolitisches Projekt nicht zu gefährden, die sogenannten *Sicherheitspartnerschaften von Polizei und Bürgern*. Der im Hamburger Polizeiskandal als Schläger und Folterer identifizierte Bulle sollte sich als freundlicher Partner und Helfer entpuppen. Unter Zuhilfenahme einer massiven Medienberichterstattung und der Mobilisierung vorhandener rassistischer Bilder sowie Einstellungen der BewohnerInnen des Multikulti-Alternativstadtteils Schanzenviertel, wurde ein Bedrohungsszenario so oft wiedergekäut, bis die Gestalt des schwarzen Drogendealers verinnerlicht und festgeklopft war.
Die Legitimität als auch Normalität einer täglichen rotgrünen polizeilichen Dauerpräsenz wird nicht mehr in Frage gestellt. Die freundlich dreinschauenden patroullierenden Bullenpärchen und finsteren Zivilschläger der Wache 16, welche ausgegrenzte Gruppen, die nicht dazu (d.h. ins Viertel) gehören, nämlich *die* schwarzen Dealer, *die* Junks oder *die* bettelnden Obdachlosen, kontrollieren, verhaften und drangsalieren, werden von den meisten BewohnerInnen toleriert oder akzeptiert. Nach dem Prinzip einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung führt das hohe Polizeiaufkommen zu einer Zementierung des Selbstbildes einer bedrohten Viertelgemeinschaft,welche Hilfe von außen bedarf. Der Polizist, der zu Zeiten der Kämpfe gegen die Ansiedlung des Musicals „Phantom der Oper" als Erfüllungsgehilfe einer viertelfeindlichen Umstrukturierungspolitik gesehen wurde, mutiert nun zum Sicherheitspartner im Kampf gegen die an die Wand gemalte Verslumung des Stadtteils. Tatsächlich boomt die Schanze wie selten zuvor,, lockt das prickelnde Flair einer angeblichen „Bronx" nachts haufenweise Yuppi-Pack der Werbe- und Medienszene in die Kneipen und Restaurants - das Nachtleben dort ist „angesagt". Der Roten Flora wird als störendem Schandfleck nicht verziehen, daß sie sich gegen eine Sicherheitspartnerschaft stellt, genausowenig wie den unverbesserlichen vermeintlich autonomen Militanten, die für die Angriffe auf die Bullen verantwortlich gemacht werden.
Die Zukunft eines linksradikalen Zentrums Rote Flora wird sicherlich mit daran entscheiden, ob die repressive Politik des Hamburger Senats mitgetragen wird oder nicht - oft genug wurde der Flora signalisiert, daß sich die Kontrollen ja nicht gegen sie richteten, sondern gegen „andere".
Linksradikale im Schanzenviertel und in Hamburg kommen aber nicht darum herum, offensiv gegen den rassistischen Ausgrenzungsdiskurs Stellung zu beziehen und zu handeln, falls sie nicht völlig unglaubwürdig werden wollen - denn Freiheit ist unteilbar.

Schluß mit den Razzien und Platzverweisen!
Bleiberecht für alle!
Rote Flora bleibt, selbstorganisiert und widerständig!

Hamburg, den 15.2.99

Schwarzer Hahn Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





ADELANTE

■ Stadt- Nah- u. Fernumzüge ■ Büroumzüge ■ Beiladungen ■ Packservice ■ Behördenabrechnungen ■ Kartonverkauf

BERNSTORFFSTR. 117
22767 HAMBURG
TELEFON & FAX
040/43 25 16 17





Frühstücken SONNTAGS VON 11-18 UHR
UNTER EINEM ANDEREN STERN
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken



im FRITZ BAUCH

Imbiß International

Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)





Literatur & Politik
Schulterblatt 55
Tel. 040/430 08 08
Fax. 040/430 16 37

Kinderbuch & Pädagogik
Schanzenstraße 6
Tel. 040/430 08 88

Montag - Freitag
9.30 - 18.30

Samstag
10.00 - 14.00

c/o DIE DRUCKEREI
20357 Hamburg

Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon 040.446099 fax 040 4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

Rote Flora im März

MONTAG 1.3.	Essen & Film	18 Uhr
DIENSTAG 2.3.	Dubcafe mit Weed Acoustix Vollmondmond Orchester	ca.18 Uhr ca.22 Uhr
DONNERSTAG 4.3.	Kochkollektiv: Essen & Film über Nester Machnow - Ukrainischer Bauer und Anarchist Anfang des 19. Jahrhunderts	18 Uhr
SAMSTAG 6.3.	Concept U-Site 01-Live Ambient-MinimalElektro/Techno-Abstrakt Achtung,offene U-Site Konzeptgruppe, kein Trance Event	22 Uhr
DIENSTAG 9.3.	Dubcafé mit Schlump Vibration	ca.18 Uhr
FREITAG 12.	3. Antifa Benefiz Konzert mit No Respect	21 Uhr
SAMSTAG 13.3.	Roots and Dub Night with Jah Lioness Soundsystem (Sister Simeon) from London UK	23 Uhr
MONTAG 15.3.	Essen & Film	18 Uhr
DIENSTAG 16.3.	Dubcafé mit Roots Commandment	ca.18 Uhr
DONNERSTAG 18.3.	Kochkollektiv Essen & Film: Tatort-Voll auf Haß!	
FREITAG 19.3.	Im Roots &Culture Style wird heute eine heiße Dancehallnacht gefeiert, wenn Rainbow Sound auf Kingstep Hifi trifft!	23 Uhr
SAMSTAG 20.3.	Epicenta Promoticals+ Sound Navigator presents: Dub me Ruff System feat.Queen Doreen & Pensi alongside KangaRoots Soundsystem	23 Uhr
DIENSTAG 23.3.	Dubcafe mit King Step Hifi	ca.18 Uhr
SAMSTAG 27.3.	Informationsveranstaltung der Roten Hilfe: Thema Verfassungsschutz	20 Uhr
SONNTAG 28.3.	Konzert-Mile Marker Soft-HC aus USA & Entrust - Gitaren-Emo aus Itzehoe	21 Uhr

Montag	Vegetarisches Essen ca. 18-22 Uhr
Dienstag	DUBCAFE mit verschiedenen Sounds ca.18-23 Uhr
Mittwoch	Cafe und Kuchen ca. 16.30-19 Uhr
Donnerstag	Kochkolektiv ca.18-22 Uhr
1. Samstag im Monat	Frühstück ab 12 Uhr

Regelmäßige Termine